

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kallierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 36

Sonnabend, den 7. September 1929

33. Jahrgang

Den Verbandstagsdelegierten zum Gruß

Nun leuchtet auf, ihr Flammen,
und hell und festlich brennt!
Zum Rate tritt zusammen
nun unser Parlament.
Ein brüderlich Vertrauen,
es schickte euch herein;
drum, Männer aller Gauen,
ihr sollt willkommen sein!

Ihr seid die Köpfe, Herzen,
von Tausenden der Mund;
ihr Wollen, ihre Schmerzen,
ihr gebt sie fordernd kund.
Von Tausenden die Meinung
eint sich zu einem Fluß;
das Wort ist die Erscheinung,
die Tat gebären muß!

Was wir an Haß bezwungen,
vereint in fester Zucht;
was wir erreicht, errungen,
es ist der Eintracht Frucht.
Denn nur die Macht der Treue
ist's, die den Preis gewinnt,
ob uns Gefahr umdräue,
ob wir im Frieden sind.

Doch sind wir je im Frieden?
Hat je die Arbeit Ruh?
Sie muß die Zukunft schmieden
und hämmern immerzu.
Und wachsen wir an Stärke,
und wachsen wir an Macht —
der Feind ist stets am Werke
und immer tobt die Schlacht.

Willkommen denn, willkommen,
ihr Boten junger Zeit,
die ihr den Ruf vernommen
und froh gekommen seid!
Vieltausend Augen sehen
auf euch mit Frohvertrau'n.
Die Fundamente stehen.
Auf! Laßt uns weiterbau'n!

Ernst Preczang.

Unser 12. Verbandstag in Berlin

Nicht alle Delegierten unseres Verbandes, die gewählt sind, um diesen in gemeinsamer Beratung so ausbauen zu helfen, damit jedes Mitglied sich wohl darin fühlt, bekommen vor der Abreise nach Berlin diesen „Steinarbeiter“ zur Hand. Denn so zeitraubend es durchweg ist, von Nebenstrecken mittels Bahn, Autobus oder zu Fuß an die Hauptstrecken der Reichsbahn zu kommen, so zeitraubend ist es natürlich auch mit der Postbeförderung nach diesen entlegenen ländlichen Orten, in denen zum großen Teil unsere Berufskollegen wohnen.

Von Süd und Nord, von Ost und West führt nun die Bahn die Auserwählten der Verbandsmitglieder nach der Reichshauptstadt, dem Mittelpunkt, von dem aus in der Hauptsache das politische und wirtschaftliche Leben in Deutschland angeregt und befruchtet wird. Das braucht niemand groß zu wundern, denn in Berlin ist der Sitz der Behörden des Deutschen Reiches und Preußens, des Reichstages und des Preußenparlamentes. Ebenfalls haben fast alle bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Bürgertums und der Arbeiterschaft in der Reichshauptstadt der Republik ihren Sitz. Berlin soll räumlich betrachtet mit seinen 880 Quadratkilometern die größte Stadt der Welt sein; mit seinen 4,2 Millionen Einwohnern ist es die größte Stadt des europäischen Festlandes. 58 Millionen Quadratmeter werden von 180 000 Kleingärten bedeckt, 11,6 Millionen Quadratmeter von Parkflächen, 7,5 Millionen Quadratmeter von mehr als 300 Spiel- und Sportplätzen. 28 städtische Güter mit 240 Quadratkilometer Bodenfläche und 212 Quadratkilometer Waldbesitz machen die Stadt Berlin tatsächlich zu einer der größten Grundbesitzerin.

Für einzelne Delegierte zu unserer 12. zentralen Verbandstagung wird der Aufenthalt in Berlin ein Ereignis, ein Erleben sein. Allein schon der ins Riesenhafte gewachsene Autoverkehr im dortigen Stadtdinnern, der an einzelnen Stellen des stillen Beobachtens wert ist, daneben die Hoch- und die Untergrundbahn, dann die Personenbeförderung durch Straßenbahnen und Autobusse mit Stagenaufbau. Das alles hat im Anfang für den Fremden aus einem kleinen Ort etwas Beängstigendes und Beklemmendes an sich, und doch gewöhnt man sich schnell an den Verkehr, wenn Augen und Ohren offen gehalten und die übersichtliche Ruhe bewahrt wird.

Für unsere Verbandstagsdelegierten bietet Berlin sehr viel beruflichen Anschauungsunterricht. Abgesehen von den guten Pflasterungen in den verschiedensten Steinarten und Größen, ist in Berlin sehr viel an vorzüglichen Steinbauten alter und neuerer Zeit zu bewundern. Vom massiven Quaderbau mit ausgedehnter komplizierter Steinmetz- und Bildhauerarbeit bis zum modernen „glatten Offen“, dem Bau, an dem durch Plattenansatz der Natursteinbau nur vorgetäuscht wird, ist alles vertreten; natürlich auch der Stein der gegenwärtigen Architekturmode — geschliffener Travertin. An dem Steinmaterial der Bauten läßt sich überhaupt leicht feststellen, was jeweils für Steinmaterial den Vorrang hatte, also mode war. Auch an Steinbildnern weist Berlin viele gute Arbeit auf; die bleibt gut, trotzdem heute darüber eine andere Meinung vorherrscht. Wenn wir nun diese Denkmalsarbeiten mit rein beruflichen Augen anschauen, dann kommt der Zweck, dem diese steinernen Erinnerungen dienen, für uns erst in zweiter Linie in Betracht. Das braucht durchaus zu keinem Gegensatz mit der allgemeinen Auffassung zu führen.

Berlin weist auch an Eigenbetrieben der Arbeiter resp. ihrer Organisationen allerhand Sehenswertes auf, was noch an anderer Stelle des vorliegenden „Steinarbeiter“ geschildert wird. Auch das Wissenswertes aus der Berliner Zahlstelle unseres Verbandes erfährt in einem Sonderartikel entsprechende Würdigung.

Im Gewerkschaftshaus am Engelufer, das etwas abseits vom quirlenden Verkehr liegt, beginnt am 8. September die 3. Reichskonferenz der Steinseher und Berufsgenossen, um die engeren beruflichen Belange zu besprechen. Am 9. September um 9 Uhr beginnt unsere Gesamttagung, der offizielle Verbandstag. Seine Tagesordnung und die dazu vorliegenden Anträge wurden bereits an dieser Stelle besprochen und eine anfänglich ziemlich ausgebreitete schriftliche Aussprache der Mitglieder zur Begründung gewisser Anträge, und ein sonstiger schriftlicher Meinungs-

im Jahre 1927, zurückblicken. Diese Erfolge liegen auf ideellem und materiellem Gebiet. Die ständige Ausbreitung des Verbandes — gegenwärtig zählen wir über 73 000 Mitglieder in zirka 800 Zahlstellen — ging parallel mit seiner Festigung und Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der statutarischen Verpflichtungen. Wir brauchen nur an die großen und andauernden Kämpfe und an den ungewöhnlich harten und jähen Winter 1928 zu erinnern. Große, sehr große Ansprüche wurden an die Verbandskasse gestellt, aber eigene Kraft hat's geschafft.

Auf dem Gebiete des gesetzlichen Gesundheitschutzes wurde mit der Anerkennung der „schweren“ Staublungenerkrankung als Berufskrankheit der Sandsteinarbeiter der schüchterne Anfang gemacht. Und wie es im allgemeinen nirgends einen dauernden Stillstand gibt, so wird es keinen solchen im Gesundheitschutz für die übrigen Steinarbeiter geben. Dafür zu sorgen war schon immer eine wichtige Aufgabe unseres Verbandes und wird es auch künftig bleiben. Aber in diesem Zusammenhang ist es angebracht, erneut darauf hinzuweisen, daß der „Verband“ die einzelnen Mitglieder sind, die sich ebenfalls ständig zu rühren haben, wenn die Gesamtheit Erfolg haben soll.

Am meisten nehmen die Kräfte unserer Funktionäre bekanntlich stets die lohnpolitischen Aufgaben in Anspruch. Wir sagen nun in voller Ueberzeugung, daß den wirtschaftlichen, beruflichen Verhältnissen entsprechend, auch in der verflochtenen Periode, das möglichste für den Erfolg getan wurde. Der letztere ist ziffernmäßig belegt; unser gedruckt vorliegender Geschäftsbericht gibt davon Kunde. Dieses und anderes mehr, was hier im einzelnen nicht aufgezählt zu werden braucht, haben die Delegierten zu beurteilen, und im weiteren sind Beschlüsse zu fassen, die ermöglichen, daß unser Verband mit den übrigen Verbänden im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund den gleichen Schritt einhält. Dieser Gleichschritt ist unbedingt nötig in einer solch großen Bewegung wie die der Gewerkschaften in Deutschland, die, nebenbei gesagt, in der Amsterdamer Internationale die Verbindung hat mit den gewerkschaftlichen Organisationen der übrigen Welt, soweit diese sozialistische Tendenz haben.

Unsere Verbandstage haben sich immer ausgezeichnet — ebenso wie im allgemeinen jene der anderen, uns in der Auffassung nächstehenden Gewerkschaften — durch nüchterne, die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigenden Beschlüsse. Phrasen fanden bisher auf unsern Verbandstagen keinen Widerhall. Das ist durchaus verständlich; denn alle Leistungen des Verbandes haben die vorherige Leistung des einzelnen Mitgliedes zur Voraussetzung. Und für jede Gewerkschaft gilt zunächst der Grundsatz: „Selbst ist der Mann!“

Das heißt, der einzelne Verband muß in sich stark und leistungsfähig sein, dann löst die Zusammenwirkung der Gesamtverbände große, fast unüberwindliche Kräfte aus. Das letztere ist heute notwendiger denn je; denn wir sehen, wie in erster Linie die Sozialpolitik von unsern Gegnern berannt wird. Die Arbeitslosenunterstützung ist zunächst das Ziel, dann ist es die Krankenunterstützung, die den Zorn unserer Widersacher erregt. Ueberhaupt ist es der ganz natürlich immer größer werdende Einfluß der Arbeiter an der Gesetzgebung und auf die Gesetzgebung. Dieser Einfluß ist gewiß nach unserer Meinung immer noch nicht groß genug, aber der bisherige ist unsern Widersachern schon viel zu weitgehend; er soll nach ihrem Willen nicht nur zurückgebrängt, sondern überhaupt unmöglich gemacht werden. Unser Verband, der ja nur einen Teil



Das Berliner Gewerkschaftshaus

tausch hat im „Steinarbeiter“ ebenfalls stattgefunden. Allerdings war dieser Meinungs-austausch schon vorher entstanden, ehe die Anträge veröffentlicht wurden. Auffallend war, daß die schriftliche Debatte sofort abstoppte, als die Gesamtanträge den Mitgliedern im Druck vorlagen. Was dafür die Ursache ist, läßt sich nur vermuten. Wahrscheinlich ist, daß in der Frage der Alters- und Invalidenunterstützung im Verband das Für und Wider einfach erschöpft war und daß weiter in der Fülle der Anträge jeder der sonst schreiblustigen Kollegen etwas gefunden hat, was seiner persönlichen Meinung entspricht und das nun sowieso den Verbandstag beschäftigt. Wie gesagt, nur so läßt sich das auffällige Abflauen der schriftlichen Aussprache erklären.

Auf dem Verbandstag werden vertreten sein 89 Delegierte der Verbandsmitglieder, 14 Gauleiter, 6 Zentralvorstandsmitglieder und der Redakteur, der Obmann der Revisoren und der des Verbandsausschusses. Das sind 112 Vertreter aus der eigenen Organisation. Hinzu kommt ein Vertreter des ADGB, ferner unser Internationaler Sekretär und je ein Vertreter des belgischen und schwedischen Steinarbeiterverbandes, der tschechoslowakischen und der österreichischen Steinarbeiter. Es wird demnach ein ganz ansehnliches Parlament der Steinarbeiter im Berliner Gewerkschaftshaus am 9. September zusammentreten.

Unsere gewerkschaftliche Organisation kann im besonderen auf ganz konkrete Erfolge in der verflochtenen zweijährigen Geschäftsperiode, seit dem Verbandstage in Frankfurt a. M.

In der großen Gemeinschaft des organisierten Willens mit den andern Organisationen darstellt, hat natürlich die ernsthafte Aufgabe, in seinem Wirkungskreis den Willen und das Selbstbewußtsein seiner Angehörigen in jeder Hinsicht zu stärken und zu fördern. Dieses kann aber nur vor sich gehen im Handinhandarbeiten der Verbandsmitglieder mit der Verbandsleitung; Handinhandarbeiten bedingt aber nicht nur Vertrauen in die eigene Kraft, sondern auch Vertrauen gegenseitig, von Kollege zu Kollege, also von Person zu Person; oder vom Mitglied zur gewählten Leitung am Ort, Bezirk, Gau, Zentrale und umgekehrt. Der Verbandstag hat deshalb auch als höchste Instanz im Organisationsleben, gegen etwaige Störungsversuche in dem unerlässlichen gegenseitigen Vertrauen, sein Veto einzulegen.

Im Sinne dieser Besprechung begrüßen wir unsern 12. Verbandstag in Berlin und hoffen, daß seine Beschlüsse sich auswirken zum Wohle der Gesamtheit wie des einzelnen im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Die Berliner Gewerkschaftsbewegung und ihre wirtschaftlichen Unternehmungen

Berlin hat ein wenig mehr als 4 Millionen Einwohner. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften, einschließlich der Angestellten und Beamten, beträgt rund 480 000. Mehr als 10 Prozent der Berliner Gesamtbevölkerung ist also freigewerkschaftlich organisiert. In den rund 300 000 Gewerbebetrieben Berlins werden 1 002 854 Arbeiter beschäftigt. 377 659 davon gehören den freigewerkschaftlichen Arbeiterverbänden an. Das sind nahezu 40 Prozent. Der Gesamtumsatz dieser Verbände belief sich im Geschäftsjahre 1927/28 auf 25 1/2 Millionen Mark. Die Lokalfassen hatten insgesamt einen Bestand von 4 1/2 Millionen Mark. Die Gesamtausgaben betragen 21 325 791 Mark. Mehr als 7 1/2 Millionen Mark wurden davon an die Zentralverbände abgeführt. Daneben: 1 1/2 Millionen Streit-, 2 1/2 Millionen Arbeitslosen-, 2 Millionen Kranken- und 1 1/2 Millionen Invalidenunterstützung allein aus den Lokalfassen!

Die 34 Berliner Verbände der Arbeiter führten im letzten Jahre 586 Lohnbewegungen für 455 000 Beteiligte mit Erfolg durch. Weitere 104 Bewegungen mit 162 000 Beteiligten hatten teilweisen und nur 10 Bewegungen mit 2600 Kollegen hatten keinen Erfolg. In 165 anderen Fällen mußten 30 000 Kollegen in den Streit geführt werden. Nur 6 dieser Ausstände mit 252 Beteiligten blieben ohne Erfolg.

Das sind so einige Zahlen aus der Berliner Gewerkschaftsbewegung des vergangenen Jahres. Sie zeigen ihre gewaltige Größe und Aktionsfähigkeit. Sie deuten aber auch an, daß Berlin als Gewerkschaftsort eine große Rolle spielt.

Ihre besondere Note erhält die Berliner Bewegung nicht dadurch, daß von 35 Zentralverbänden freier Gewerkschaften 24 ihren Sitz in Berlin haben und weil auch die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der ADGB und der AFA-Bund hier domizilieren. Die Gewerkschaftsarbeit unter den Berliner Arbeitnehmern wird dadurch unmittelbar nicht berührt. Die Reichshauptstadt beherbergt fast alle großen Zentralbehörden des Reiches. Allein dieser Umstand rechtfertigt es, die Verbandsvorstände nach Berlin zu verlegen! Die Eigenart der Berliner Bewegung erklärt sich einmal aus der riesigen räumlichen Ausdehnung Berlins, ein zweites Mal aus den dadurch entstehenden kommunal- und sozialpolitischen Verwaltungsverhältnissen und — vielleicht auch — aus der für Berlin typischen Bevölkerungszusammensetzung.

Berlin bedeckt eine Fläche von 884 Quadratkilometer. Sein Radius, von der Stadtmittelpunkt bis zur Peripherie beträgt rund 25 Kilometer. Der Berliner Arbeiter hat von seiner Wohnung bis zur Arbeitsstelle täglich hin und zurück Entfernungen zu überwinden, die für den Kollegen einer Klein- oder Mittelstadt eine Reise darstellen. Größere Berliner Gewerkschaftsverbände müssen deshalb neben ihrer branchenmäßigen Gliederung noch eine zweite Zusammenfassung ihrer Mitglieder aufbauen, die nach Wohnbezirken gegliedert ist. Es kann nicht jedem Verbandsmitglied zugemutet werden, das z. B. täglich morgens von Köpenick oder Brix nach Reinickendorf, Tegeler oder Siemensstadt zur Arbeit fährt, bei Arbeitsluß diesen Weg noch einmal zurücklegt und dann am Abend mehrmals in der Woche, an einer Gewerkschaftsversammlung im Zentrum teilzunehmen. Oft genug läßt sich

das nicht vermeiden. Mancher Funktionär kommt gar nicht umhin, diese zeitraubende Hin- und Herfahrt in Kauf zu nehmen. Der Masse der Mitglieder muß man aber in Bezirksversammlungen Gelegenheit geben, Fühlung mit dem Verband zu behalten und dabei kostspielige Wege zu vermeiden.

Die räumliche Größe erfordert aber nicht nur diesen besonderen nachbarschaftlichen Organisationsapparat, der neben der beruflichen Einteilung der Verbände bestehen muß. Sie kompliziert auch sehr die sozialpolitische und kommunalpolitische Tätigkeit der Gewerkschaftsverwaltungen. Berlin hat neben dem zentralen Magistrat 20 kommunale Verwaltungsbezirke. Das bedeutet u. a. 20 Wohlfahrts- und Jugendämter, und hunderte die Gewerkschaften interessierende kommunale Einrichtungen und Deputationen. Der Berliner Gewerkschaftler hat mit 16 Gewerbeaufsichtsamtern, 9 Arbeitsämtern, mit 20 allgemeinen und 10 besonderen Ortskrankenkassen zu tun. Zählt man die Innungs-, Betriebs- und Erbschaftskassen hinzu, dann gibt es in Berlin nicht weniger als 240 Krankenversicherungsinstitute, die zum mindesten die Aufmerk-



Das neue Stadthaus in Berlin
Von der Stralauer Straße aus gesehen

samkeit der Gewerkschaften erfordern. Das Berliner Arbeitsgericht hat 54 Kammern, die im letzten Jahre rund 70 000 Prozesse erledigten.

Es kommt hier nicht darauf an, eine Uebersicht über die Vielgestaltigkeit und den Umfang der gewerkschaftlichen Aufgabengebiete in Berlin zu geben. Diese Angaben sollen nur als Beispiel für die besonderen Verhältnisse dienen, die der Berliner Gewerkschaftsbewegung das Gepräge geben.

Im übrigen arbeitete der Berliner Ortsausschuß des ADGB und die ihm angeschlossenen Verbände auf denselben Gebieten, wie andere großstädtische Gewerkschaftsorte auch. Er unterhält ein Arbeitersekretariat (Rechtsauskunftsabteilung); „das im“ den letzten 12 Monaten 9321 Ratsuchenden Auskunft gab und 1487 gerichtliche Termine wahrnahm. Die Jugendzentrale betreut die Berliner gewerkschaftliche Jugendbewegung und die mit dem Ortsrat des AFA-Bundes gemeinsam betriebene Berliner Gewerkschaftsschule ersaßt durch ihre Lehrgänge, deren Hauptkurse sich über zwei Jahre erstrecken, jährlich rund 9000 Funktionäre.

Ein besonderes wichtiges Kapitel der Berliner Gewerkschaftsarbeit wird von den wirtschaftlichen Unternehmungen bestritten, die den Gewerkschaften gehören oder an denen sie maßgebend beteiligt und interessiert sind. Die Arbeiterbank, die Deutsche Bauhütte, die Demog, der Märkische Wohnungsbau, die Lindcar-Jahrbücher, die Europa, die Verlagsgesellschaft des ADGB und die Büchergilde Gutenberg, auch die gewerkschaftlichen Druckereien, wie die des Buchdrucker-, Holzarbeiter- und Metallarbeiter-Verbandes und des Verkehrsverbundes sind nicht eigentliche Berliner Unternehmungen. Sie haben wohl hier ihren Sitz, ihr Geschäftsbereich erstreckt sich aber über das ganze Reich oder wenigstens über die Provinz Brandenburg. Die Konsumgenossenschaft Groß-Berlin aber, die Berliner Rechnungsjahre der Volksfürsorge, die Bauhütte Berlin, die Malerhütte, die Hamag (Heiz- und Wasseranlagen-V.G.), die Töpferhütte, die Steinmehlhütte, die Glaserhütte, und die Gehag (Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-V.G.) können wohl als Berliner Betriebe angesprochen werden. Bei allen aber handelt es sich um Unternehmungen von erheblichem Ausmaß. Wir können ihre Ergebnisse und Umsätze im einzelnen hier nicht angeben, weil der Raum eines Zeitungsartikels begrenzt ist. Aber einige Angaben für viele: Der Umsatz der Konsumgenossenschaft Groß-Berlin belief sich im Jahre 1928/29 auf mehr als 50 Millionen Mark. Die Berliner Bauhütte beschäftigt rund 850 Mann, die Malerhütte 400, ihr Jahresumsatz betrug 1926 schon über 1 Million Mark. Die Gehag hat in 4 1/2 Jahren 4981 Wohnungen fertiggestellt bzw. begonnen. Der Jahresumsatz dieser Gesellschaft betrug allein 1927 rund 20 Millionen Mark.

Diese Zahlenbeispiele zeigen annähernd die wirtschaftliche Bedeutung der Berliner Arbeiterunternehmungen. Man bedenke, welche Riesensummen jährlich so den kapitalistischen Unternehmungen entzogen und für die Arbeiterbewegung nutzbar gemacht werden! Es darf weiter darauf hingewiesen werden, daß u. a. die Konsumgenossenschaft Groß-Berlin Preise und Qualitäten auf dem Berliner Lebensmittelmarkt maßgeblich beeinflusst.

Die Berliner Gewerkschaften und ihre Unternehmungen sind Organisationen, die Anspruch auf Achtung und ernsthafte Würdigung erheben können. Es könnte die Frage gestellt werden, ob Berlin, der größte Gewerkschaftsort, nicht noch mehr leisten können, als er bisher geleistet hat. An der Spitze des Artikels brachten wir einige vergleichende Zahlen, die darüber Aufschluß geben. Reineswegs sind die Berliner Gewerkschaftler der Meinung, sie hätte ihre Ziele alle erreicht. Viel ist noch an organisatorischem, kommunalem und sozialpolitischem Gebiete zu tun. Man darf aber auch die Schwierigkeiten nicht verkennen, mit denen in Berlin gerechnet werden muß. Die Stadt ist ein Sammelpunkt gewerkschaftlicher Kräfte. Gewiß! Aber ebenso sehr konzentrieren sich in ihr auch die Kräfte der Gegner. Hier sitzen die Spitzenverbände der Unternehmer- und Arbeitgeberverbände. Alle reaktionären und arbeiterscheuenden Kreise, Gruppen und Organisationen bauen sich hier ihre Stützpunkte. Die typische Betriebsform für Berlin ist der industrielle Großbetrieb, der starke Machtmittel auch gegen die Arbeitnehmerschaft entwickeln kann. Und nicht zuletzt muß mit einer ganz besonders getarteten Zusammenlegung der Bevölkerung gerechnet werden. Auch Hamburg, Frankfurt, Leipzig und andere Großstädte haben ihr Hinterland, aus dem sich ein bestimmter Zufluss von Arbeitskräften vollzieht. Das Hinterland Berlins ist aber der agrarische Osten, in dessen proletarischer Bevölkerung gewerkschaftliches und politisches Selbstbewußtsein noch wenig Wurzel geschlagen hat. Viele Zehntausende, vom Gewerkschaftsgedanken noch völlig unberührte Arbeitskräfte kommen jährlich nach Berlin, belastet mit der ganz besonderen Tradition Ostelbiens. Sie können nur langsam und unter Ueberwindung mancher Schwierigkeiten in die Reihen der Organisationen eingegliedert werden. Selbst dann aber ist der Weg vom Erwerb des Mitgliedsbuches bis zur gewerkschaftlichen Einsicht, Kampf- und Opferfreudigkeit, vor allem aber bis zu der notwendigen gewerkschaftlichen Disziplin nicht immer kurz und leicht. Hierin liegen gewisse Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit begründet, die zu einem guten Teil als gegeben hingenommen werden müssen.

Und dennoch: Die Zahlen, die wir in diesem Aufsatz gegeben haben, zeigen, daß Berlin ein Gewerkschaftsort von großer Bedeutung ist und starke gewerkschaftliche Kräfte entfaltet, wie sie keine andere Weltstadt auf der Erde „ausgenommen“ vielleicht Wien, hervorgebracht hat. Die Berliner Gewerkschaften sind zahlenmäßig groß, aber sie sind auch groß an Einfluß. Es gibt keine proletarische Organisation in Berlin, die mit ihren Demonstrationen große Massen in Bewegung setzen kann, wenn sie die Gewerkschaften gegen sich hat. In den großen Festtagen der Arbeiterschaft, also am 1. Mai, am Verfassungstag oder bei den in den letzten Jahren vom Ortsaus-

Aus dem Wetterwinkel



Der Krögel, Alt-Berlin.

In den nächsten Tagen werden unsere ausgesetzten Steinklopfer, auch jene, die mit der Kamme umgehen können, in Berlin sein und sich nach Abschraubung einer täglich achtfünftündigen Sitzung, in der nur geredet und noch mal geredet wird, in diesem Berlin ergehen. Das heißt, sie werden versuchen, je nach ihrer persönlichen Veranlassung, von dieser Reichsmetropole möglichst viel zu sehen und an Eindrücken recht viel mit heim zu nehmen. Man hat vor mehreren Jahren die Hauptstadt der deutschen Republik den

„Wasserkopf Deutschlands“ genannt. Wenn ich nicht irre, geschah das von Süddeutschland aus in der bekannten bayrisch-freundlichen Art, die sich ja immer noch nicht recht damit abfinden kann, daß von Berlin aus „regiert“ wird und vorher nicht erst in München angefragt wird, ob das oder jenes auch erlaubt ist. Ganz Boshafte im anderen Deutschland meinen sogar, das mit dem „Wasserkopf“ käme daher, weil ein Hitzler und seine so tapferen Mannen doch große Angst vor diesem Wasserkopf haben und deshalb lieber im Münchener Hofbräuhaus bleiben; denn bei Weiskwürstchen, Sauerbraten, Kalbsbraten und den dazu üblichen Maß Bier läßt sich am besten politisch randalieren und faschistisch spintisieren. Vielleicht ist aber die Bezeichnung Wasserkopf — das ist soviel wie unausföhrliche Mißgeburt — gar nicht von da unten gekommen?

Doch wer Berlin so bezeichnet, kennt es wirklich nicht und hat durchaus keine Freude am pulsierenden, frischen Leben, wie es sich auf Weg und Steg in der großen Reichshauptstadt dauernd abspielt.

Berlin ist schön, da gibt es nichts gegen einzuwenden, ist gewaltig in seiner Menschenfülle, ist sehenswert in seiner Gestaltung, ist gemächlich und freundlich gegen Fremde, ist ernst im Geldverdienen, aber großzügig im Geldausgeben. So lernte ich, der Steinklopferhannes, die Stadt kennen.

Sie ist natürlich nichts für ängstliche Gemüter, die daheim nur Greweltaten von Berlin lesen, und ans Fenster stürzen, wenn an ihrem „Zuhause“ zwei Autos hintereinander vorbeiziehen, oder wenn gar ein weibliches Wesen mit Bubikopf, ärmellosem und kurzem Kleid vorbeifolgt. Solche ängstliche Gemüter untersuchen abends, ehe sie sich schlafen legen, ob sich in der Wohnung jemand eingeschlichen hat. Kleiderschrank, unterm Bett, Kofsett usw., alles wird vorher gründlich abgeleuchtet und dann erst der Schlaf gesucht. Ja, für solche Leute ist Berlin kein Aufenthalt, denn sie sehen an jeder Ecke einen „Wasserkopf“, der sie so oder so bedroht. Für die ist und bleibt Berlin, auch wirtschaftlich und politisch, eben die unausföhrliche Mißgeburt! Doch Berlin selbst

geht über solche Ansichten unbekümmert hinweg und läßt sich in seiner Entwicklung durchaus nicht hemmen.

Unsere Delegierten, soweit sie nur selten oder überhaupt noch nicht in der Reichshauptstadt waren, werden da selber sehen und urteilen müssen. Bekannt ist, daß Berlin nicht in dem Maße wie Paris, London, Wien usw. vom Fremdenstrom durchzogen wird. Kürzlich hat auch „der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit“ in einem Programm für Gruppenreisen „zum Besuch des schaffenden Berlin“ aufgefördert und das mit Recht. Denn Berlin ist vor allem die Stadt der Arbeit und der Arbeitenden, umfaßt nicht nur eine Fülle von Kunst-, technischen und wissenschaftlichen Sammlungen, die in zwölf großen und vielen kleineren Museen untergebracht sind; Berlin zeichnet sich auch aus durch künstlerische Architektur, besonders im Vorkriegsbauwesen, durch ein hochentwickeltes Geschäftsleben, einen interessanten Straßenbetrieb und nicht zuletzt durch einen sehr mannigfaltigen Vergnügungsbetrieb. Dazu ist auch die Umgebung recht anziehend durch den Wechsel von Hochwald, Gewässern, Anhöhen und durch die prächtigen Parks von Potsdam.

Dies alles kann man in bester und billiger Weise genießen. Gerührt wird mit Recht auch die gute Verpflegung in den Restaurants und Cafés. Im allgemeinen braucht man, um die Reichshauptstadt genauer kennenzulernen, einen längeren Aufenthalt, wobei man natürlich auch nicht alle Sehenswürdigkeiten und Sammlungen würdigen kann.

Vom monumentalen Berlin repräsentiert sich vor allem der große Straßenzug vom Brandenburger Tor über „Unter den Linden“ zum Lustgarten, zur Museumsinsel, zum Schloßplatz und zurück über Gendarmenmarkt, Wilhelmstraße wieder zum Anfangspunkt des Weges. Man erblickt dabei unter anderem die Ministerien, Staatsgebäude, Hotels und Reisebüros an „Unter den Linden“, verschiedene Denkmäler, danach die imposanten Bauten am Kaiser-Franz-Joseph-Platz (Universität, Opernhaus, den edlen Kuppelbau der Hedwigskirche, Zeughaus, Kronprinzenpalais usw.). Am Lustgarten, an dem der schmuckreiche Dom, ein sehenswerter Steinbau, sich erhebt, und nördlich davon zeigt sich die stolze Reihe großer Kunstmuseen. Sie umfassen das Alte Museum, Schintels architektonische Meisterarbeit, die prunkvolle Nationalgalerie, das Neue Museum mit den berühmten Kaulbachschen Treppendioramen, das Kaiser-Friedrich-Museum mit einer Gemäldesammlung allerersten Ranges und die mächtigen Neubauten, die für asiatische Altertümer und für eine deutsche Schau errichtet sind. Zwischen Lustgarten und Schloßplatz steht das imposante ehemalige Kaiserhof, jetzt ein Kunstgewerbemuseum mit unvergleichlichen Schätzen. Am Gendarmenmarkt bewundern wir einen riesigen Platzraum, der architektonisch überaus glücklich gestaltet ist und in der Wilhelmstraße fesseln das Palais des Reichspräsidenten und die Paläste verschiedener wichtiger Reichs- und Staatsbehörden unser Auge. Nach diesem eindrucksvollen Rundgang, der uns Berlin in Wissenschaft, Kunst und Verwaltung vorführt, wechselt das Bild, wenn man seinen Weg durch die Berliner Vergnügungsstraße, die Friedrichstraße macht, die uns Berlin von einer anderen Seite zeigt. Das muß man ebenfalls sehen, ohne natürlich den dortigen Kummel mitmachen zu brauchen. Unsere Delegierten werden da immer an den Inhalt ihrer Geldbörse, also an ihre „Spesen“ denken, und festhalten müssen, sonst hat die Besichtigung hier wohl ein Ende. Also Vorsicht, ihr Steinklopfer!

Um die geschäftlichen und kommunalen Brennpunkte der Reichshauptstadt zu betrachten, spaziert man durch die glanzvolle

Leipziger Straße mit ihren erlesenen Auslagen, in das ehemalige Al-Berlin am köllnischen Fischmarkt und zur uralten Nikolaikirche, zum Stadthaus, der Hauptpost und zum Rathaus und dem lebhaften Alexanderplatz.

Für ernsthafte Studien ist ein Rundgang durch die großen naturhistorischen und technischen Sammlungen, zum Platz der Republik mit dem Reichstag. Sehenswert ist auch der Tiergarten, diesen größten und schönsten Berliner Park mit der sogenannten „Puppenallee“, diese Marmorverföhrung, um die Markgrafen, Kurfürsten, Könige und Kaiser in überlebensgroßer „verewigen“. Hier wird vor allem nur das berufliche Interesse in der Marmorbearbeitung überwiegen. Dann der Kurfürstendamm, der in bezug auf extravagante Vergnügungen und elegante Gaststätten zur Friedrichstraße im stärksten Wettbewerb steht und eine Hochburg des erlaubten und unerlaubten Nachtbetriebes ist.

Wer Zeit hat, setzt die Reihe der unerlässlichen Museumsbesuche fort, indem er die Schätze der Nationalgalerie und das Kronprinzenpalais sowie evtl. noch das Zeughaus würdigt. Oder man spaziert von Station Tiergarten durch Charlottenburg zu den Messehallen und Funkturm, der ein Panorama auf Berlin bietet.

Zur Zahl der wichtigsten Museen gehört das für Völkereunde und das Reichspostmuseum und vielleicht auch das Märkische Museum. Schön ist auch eine Autobusfahrt ab Station Zoo in den Grunewald nach Bichelswerder oder Schildhorn. Gut gewählener Kiefernwald, mannigfaltiger Mißwald mit Nadelbäumen, Buchen und Eichen zeichnen diese Landschaft aus. Größere und kleinere Seen sind in den Forst eingestreut. Das Gelände steigt an manchen Stellen empor und eröffnet freundliche Uferbilder. Lohndend ist auch ein Ausflug nach Potsdam!

Wer der Reichshauptstadt Zeit widmen kann, beachte auch die nördlichen und östlichen der Arbeit gewidmeten Stadtquartiere, die mancherlei gute Architektur zeigen.

Wer nach der Havel auch den „grünen Strand der Spree“ kennenlernen möchte, fahre hinaus nach Treptow mit ausgedehntem Park und einer Reihe dicht am Wasser gelegener Vergnügungslotale. Mit seinem starken Dampfer- und Gondelverkehr, den vielen tausend Lichtern, die am Abend in den vollbesetzten Lokalen aufblitzen, bietet dieser Teil Berlins ein unvergleichliches Bild. Eine Dampferfahrt spreeaufwärts zeigt die Entwicklung des Wasserports in Berlin. Dampfer, Sport- und Ruderboote beleben den Fluß, an dessen grünen Ufern sich die Freibäder reihen. Dazwischen ragen, bis Köpenick sich hinziehend, riesige Fabriken der Großstadtindustrie auf.

Dem bereits erwähnten Programm des „Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit“ ist zu entnehmen: „Mit 17 000 Großhandelsniederlassungen und 56 000 Einzelhandelsbetrieben, mit 54 Waren- und Kaufhäusern und zahlreichen sonstigen Handelsunternehmungen, in denen insgesamt fast eine halbe Million Berliner arbeiten, ist Berlin die größte Handelsstadt des europäischen Kontinents.“

Um alle industriellen Betriebe mit elektrischer Kraft zu versorgen, sind riesige Kraftwerke nötig. Das an der Spree 1927 erbaute elektrische Kraftwerk Klingenberg ist das größte Europas und das modernste der Welt. Es besitzt die drei größten Turbinen, die je gebaut worden sind; jede von ihnen erzeugt 80 000 Kilowatt. Die Wirtschaftlichkeit des Werkes ist enorm, denn eine Belegschaft von 60 bis 70 Mann genügt, um

Wahrscheinlichsten Gewerkschaftsfesten, auch bei Parteiveranstaltungen, soweit sich die Gewerkschaften daran beteiligen, marschieren oft genug nicht zehntausende, sondern Hunderttausende durch die Straßen. Dann zeigt sich die Berliner Arbeiterkraft in ihrer ganzen Größe. Sie zeigt auch ihren Willen, mehr zu erreichen, weiter zu wachsen und sich immer enger zusammenzuschließen. **F r i e d r i c h**.

Was Ausländer den deutschen Unternehmern entgegenhielten

In dem schwerindustriellen Organ „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, Nr. 188, befand sich ein Artikel, der sich mit dem Youngplan beschäftigte. Er war überschrieben „Arbeits- und Spare“. Es gäbe nur ein Gesetz, dessen Befolgung allein dem deutschen Volke wieder Unabhängigkeit und Zukunft sichern kann: „Arbeits- und Spare!“ — Die alte Litanei, die wir seit Jahren zu hören gewohnt sind. In der Regel wird eine derartige Mahnung von Leuten ausgesprochen, die selbst nicht im entferntesten an solche Mahnungen denken.

Demgegenüber wirkt es erfrischend, wenn Wirtschaftspolitiker anderer Länder auf Grund ihrer Erfolge eine Wirtschaftspolitik befürworten, die u. E. eher zum Ziele führt. Auf dem Weltkongress in London sind zahlreiche Reden von internationalen Fachleuten gehalten worden. Wir wollen einige Stellen daraus zitieren. Ein englischer Redner, Sir Ernest Benn, sagte in einem Vortrag „Reklame und Lebensniveau“ u. a.: „Die Erhöhung des Lebensniveaus der ganzen Menschheit ist ein Problem von Verkauf und Verteilung. Die Volkswirtschaftslehre hat bisher weitgehend die Aufmerksamkeit auf die Produktion und gar zu wenig auf den Konsum verwandt. Der Verbraucher ist notwendigerweise der Seniorpartner in Handel und Industrie. Der Luxus von gestern ist die Bequemlichkeit von heute und die Notwendigkeit von morgen.“ Der bekannte amerikanische Wirtschaftler, Edward A. Filene, führte in seinem Vortrag „Reklame als Weg zum Fortschritt“ u. a. folgendes aus:

„Massenherstellung bedingt Massenabsatz und hat wieder die Voraussetzung niedriger Preise und hoher Massenkauflkraft. Als ich ein Junge war, glaubte ich, daß man ein Vermögen nur erarbeiten und ersparen könne, indem man die Gehälter und Löhne seiner Angestellten so niedrig wie möglich hielt und den eigenen Profit an die erste Stelle setzte. Der moderne Geschäftsmann weiß, daß dies falsch ist. Um unsere Waren abzusetzen, muß der Konsument das Geld haben, sie zu kaufen, und wer anders als unsere eigenen Angestellten sind unsere Abnehmer? Eine Herabsetzung der Kaufkraft der Angestellten und Arbeiter kommt dem Verkauf gleich, sich seine eigene Kasse abzuschneiden, um sein Geschäft zu ärgern. Der Unternehmer kann dadurch wohl die Produktionskosten etwas herabsetzen, aber er vermindert gleichzeitig seinen Verdienst um mindestens den gleichen Betrag. Niedrige Preise und hohe Löhne sind der einzige Weg zum Wohlergehen aller, zu Prosperität, d. h. zum allgemeinen Wohlstand, im Gegensatz zum angehäuften Reichtum einzelner weniger. Der Druck der Notwendigkeit wird früher oder später auch den europäischen Widerstand gegen hohe Löhne und billige Preise brechen, und daneben wird das Bedürfnis nach Absatzmärkten den Widerstand gegen die heutigen unmöglichen Zollmauern stetig vergrößern, bis eines Tages auch sie stürzen und die Vereinigten Staaten von Europa zur Tatsache werden. Man braucht nur zu überlegen, wie die heutige Lage der USA sein würde, wenn jeder der 48 Staaten sich durch Zollmauern gegeneinander schützte. Schlußwort ist ein unzutreffendes Wort und Denksache ein viel besseres dafür.“

Einem Ausrufer sagte derselbe Amerikaner folgendes: „Amerika hat mehr Rohstoffe als Deutschland. Aber bitte, Deutschland richte sich nach Amerika. Die Rohstoffe dieselben Preise, die unsere amerikanischen Produzenten dafür bezahlen. Daran liegt es nicht, Deutschland hat eine intelligente und fleißige Arbeiterkraft, erfindungsreiche Techniker, eine hochstehende Wissenschaft und vor allem das Vertrauen der Welt. Deshalb kann Deutschland Kredit bekommen, solange es braucht, wenn es versteht, seinen eigenen Markt aufnahmefähiger zu gestalten. In 10 Jahren wäre Deutschland wieder auf der Höhe, wenn es mit der überlebten Wirtschaftstradition von Lohndruck und hohen Preisen brechen würde.“

So denken moderne Geschäftsleute im Gegensatz zu jenen Bananen, die in den Redaktionen der Unternehmerzeitungen ihre Tinte verspritzen. Nicht die alte Lehre von arbeiten und sparen führt zum Ziel, sondern arbeiten und Kapital schaffen auf der Basis einer stetig wachsenden Massenkauflkraft.

Allen gewerblichen Betrieben und allen Wohnhäusern Berlins Strom zu liefern.

Entsprechend der Arbeitsintensität sind natürlich der Verkehr und die Verkehrsmittel in Berlin; Berlin ist das Zentrum der europäischen Luftlinien. Täglich laufen 160 Schnellzüge in den Berliner Fernbahnhöfen ein. Ein ausgedehntes Netz von Stadtbahn, Untergrundbahn, Autobus und Straßenbahn, das zum größten Teil im Besitz der Kommune ist, dient den örtlichen Verkehrsbedürfnissen. Vorbildlich sind die ausgedehnten Wohnhausneubauten und die Siedlungen, die in allen Himmelsgegenden an der Peripherie in den letzten zehn Jahren entstanden sind und zum größten Teil durch die Initiative der Kommune geschaffen wurden.

Die Arbeiterbewegung hat in Berlin starke Organisationen. Die Parteipresse verfügt über eine große modern eingerichtete Druckerei. Die Konsumgenossenschaft besitzt ausgedehnte eigene Lebensmittelbetriebe, die größte Schlächtereier und Bäckerei der Stadt. Ein eigenes riesiges Warenhaus und Verkaufsstellen in allen Gegenden stellen die größte Verkaufsorganisation dar, die von einem ungeheuren Wagenpark bedient wird. — Die freie Sozialistische Hochschule, die Arbeiterbildungsschule und Gewerkschaftsschule zeugen von dem starken Wissensdrang der Berliner Arbeiterkraft. Die Pflege der Kunst hat sich die „Volksbühne“ zur Aufgabe gemacht, die am Bülowplatz einen der schönsten Theaterbauten Berlins ihr eigen nennt. Im Gau Berlin des Arbeiter-Längerbundes sind 250 Chöre zusammengeschlossen. Die Arbeiter-Sportbewegung hat in Berlin eine Hochburg. Die großen Gewerkschaften haben ihren Sitz in Berlin, ihre zentralen Verwaltungen sind meist in eigenen Häusern untergebracht; auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeiterbank sind in ihrem eigenen modernen Großbau untergebracht.“

Das ist in nur schwachen Umrissen Berlin „Der Wasserkopf“. Wenn mit der Schilderung das Interesse der Delegierten erweckt wurde und darüber hinaus auch jenes der übrigen Leser des „Steinarbeiter“, dann hat sie sicherlich ihren Zweck erfüllt. Es braucht wohl an dieser Stelle nicht hervorgehoben zu werden, daß neben all dem Sehenswerten in Berlin, viel menschliches und wirtschaftliches Elend einherläuft. Unsere Delegierten haben dafür ja einen durch Erfahrung geschärften Blick, so daß auch das nicht übersehen werden kann.

Nun braucht von den Nichtgewählten durchaus keiner neidisch zu sein, denn für das Vorstehende kommt nur die freie Zeit nach achttündiger Sitzung in Betracht. Es gehört dann doch große ungeschwächte Nervenkraft und Energie dazu, um noch etwas zu beschäftigen. Wir anderen, die nun einmal nicht dabei sein können, klopfen und rammten derweil unsere Steine und spannen in der Hauptsache auf die Beschlüsse, die vom 9.—14. September im Berliner Gewerkschaftshaus zustande kommen für die Organisation, zu der auch gehört der



Unser Mitgliederstand

Die Mitgliederzahl am Schlusse des 1. Vierteljahrs 1929 war 70 382. Rummehr liegt der Zahlungsabluß vom 2. Vierteljahr vor, der ergab, daß unser Verband

am 1. Juli 1929 73 208 Mitglieder in 780 Zahlstellen musterte. Das ist in 13 Wochen eine Zunahme von 2826 Mitgliedern oder 4 Prozent. Im Hinblick auf die Zahl der in der Steinindustrie und im Straßenbau Beschäftigten ist der Zuwachs nicht besonders, wenn man aber die wirtschaftliche Lage in unserer beruflichen Erwerbstreife berücksichtigt, also die mangelhafte Arbeitsmöglichkeit und die in dieser Jahresperiode verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit sowohl im Straßenbau wie in der Steinindustrie, dann ist die Zunahme von 2826 Mitgliedern ein erfreuliches Ergebnis der Werbetaft und Werbetätigkeit des Verbandes und der Mitglieder. Von den Gesamtmitgliedern am 1. Juli waren 445 weiblich und 1752 jugendlich.

Der Verbandstag in Berlin repräsentiert 73 208 Mitglieder, während der vorhergegangene Verbandstag in Frankfurt a. M. im Jahre 1927 die Vertretung von 54 489 Mitgliedern darstellte. Damals fand die Tagung im Mai statt, und die letzte Mitgliederzählung, die ihm vorlag, war vom 4. Quartal 1926. Diesmal ist für die Verbandstagung der September vorgesehen, wodurch es möglich ist, das Mitgliederergebnis vom 2. Vierteljahr 1929 vorzulegen. Vergleichen wir nun die Steigerung der Mitgliederzahl nach den vorstehend erwähnten Terminen, dann beträgt

die Zunahme 18 719 Mitglieder oder 34,4 Prozent seit dem letzten Verbandstage. Das ist eine Entwicklung in zwei Jahren, auf die wir mit Recht stolz sein können.

Die Steigerung besonders in diesem Jahre kommt auf das Konto der Verständigung mit dem deutschen Baugewerksbund, was wir mit besonderer Genugtuung konstatieren, weil wir wissen, daß außer uns auch andere darüber dieselbe Empfindung haben.

Die Mitgliederbewegung vom Verbandstag im Mai 1927 bis zum Verbandstag im September 1929

| Gau | Hauptgruppe | Mitgliederstand v. | | Zunahme | | Zahlstellenbestand | |
|-----------------------|---------------|--------------------|----------------|---------|------------|--------------------|------|
| | | 4. Quart. 1926 | 2. Quart. 1929 | absolut | in Prozent | 1926 | 1929 |
| I. NO. Berlin | Steinarbeiter | 1 132 | 2 067 | 935 | 82,6 | 42 | 76 |
| | Steinseher | 2 661 | 3 711 | 1 050 | 39,5 | — | — |
| I. NW. Hamburg | Steinarbeiter | 1 280 | 1 709 | 429 | 33,5 | 55 | 71 |
| | Steinseher | 2 408 | 3 257 | 849 | 35,3 | — | — |
| II. Olegnyh | Steinarbeiter | 8 099 | 10 892 | 2 793 | 34,5 | 69 | 80 |
| | Steinseher | 1 342 | 2 103 | 761 | 56,7 | — | — |
| III. Dresden | Steinarbeiter | 11 141 | 13 392 | 2 251 | 20,2 | 59 | 66 |
| | Steinseher | 717 | 1 429 | 712 | 99,3 | — | — |
| IV. Halle | Steinarbeiter | 4 552 | 6 569 | 2 017 | 44,3 | 123 | 160 |
| | Steinseher | 2 380 | 3 520 | 1 140 | 47,9 | — | — |
| V. Köln | Steinarbeiter | 3 136 | 3 432 | 296 | 9,4 | 57 | 84 |
| | Steinseher | 653 | 1 365 | 712 | 109,0 | — | — |
| VI. Karlsruhe | Steinarbeiter | 3 633 | 4 498 | 865 | 23,8 | 49 | 58 |
| | Steinseher | 13 | 96 | 83 | 637,8 | — | — |
| VII. Munsfeld | Steinarbeiter | 4 005 | 4 733 | 728 | 18,2 | 65 | 67 |
| | Steinseher | 132 | 215 | 83 | 62,9 | — | — |
| VIII. Würzburg | Steinarbeiter | 3 191 | 4 274 | 1 083 | 33,1 | 47 | 49 |
| | Steinseher | 198 | 280 | 82 | 41,4 | — | — |
| IX. Frankfurt/M. | Steinarbeiter | 3 730 | 4 891 | 1 161 | 31,1 | 38 | 67 |
| | Steinseher | 48 | 726 | 678 | 1412,5 | — | — |
| Einzelzahler | | 38 | 49 | 11 | 29,0 | — | — |
| Zus.: Steinarbeiter | | 43 937 | 56 506 | 12 569 | 28,7 | 604 | 780 |
| Steinseher | | 10 552 | 16 702 | 6 150 | 58,3 | — | — |
| Gesamt-Mitgliederzahl | | 54 489 | 73 208 | 18 719 | 34,4 | 604 | 780 |

Am den Mitgliedern einen Vergleich zu ermöglichen über den Fortschritt seit dem letzten Verbandstage, bringen wir vorstehende Tabelle aus dem Material, das der Verbandsvorstand den Delegierten in Berlin unterbreitet. Die Tabelle ist nach Gauen gegliedert mit der beruflichen Zweiteilung, die wir seit der Vereinigung mit den Steinsehern und Berufsgenossen immer beobachtet haben. Die tabellarische Uebersicht möchte eingehend von den Mitgliedern studiert werden; wir sind sicher, daß dann jeder nach Lesen der Tabelle für sich geloben wird, noch mehr als bisher zum stetig wachsenden Mitgliederstand beizutragen.



AUS DEN ZAHLSTELLEN FÜR DIE ZAHLSTELLEN

- Gesperrt:**
2. Gau: Breslau ist von Marmor-schleifern zu meiden, da nach dem Streik noch nicht alle wieder eingestellt sind.
 4. Gau: In Braunlage die Granit- und Schotterwerke am Wurmberg wegen Maßregelung. — Wegen Nichtabführs der Waghfahrtsbeiträge sind folgende Steinseherfirmen im Innungsbezug Gera nach wie vor gesperrt: Kurt Kohlmann, Meuselwitz; Albin Müller, Görlitz bei Hirschberg; Kurt Neupert, Greiz.
 5. Gau: In Altenbochum der Betrieb Schulte-Bels wegen Lohn Differenzen.
 6. Gau: In Karlsruhe (Baden) das Grabsteingeschäft von H. Kromer.
 7. Gau: In Ruhmannsfelden für Steinarbeiter der Betrieb der Firma Bornhofen u. Schäch.

- Streit:**
5. Gau: In Hildesheim bei der Firma Schneidewind. — In Essen streiten die Kollegen der „Scharrierbranche“. Außer Steinsehern bleiben auch Marmorhauer und -schleifer vom Ort fern, weil vom letzten Streik noch Arbeitslose vorhanden sind.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung ausgehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

An die reisenden und arbeitssuchenden Kollegen! Es mehrten sich die Beschwerden der Zahlstellenleitungen, daß vor Arbeitsannahme ganz selten nur Erkundigungen beim Zahlstellenvorstand eingezogen werden, wodurch ganz unliebsame Vorkommnisse entstehen zum Schaden der einzelnen Kollegen und des Verbandes. Wir verweisen auf die früheren Veröffentlichungen über die Erkundigungspflicht und auf die eventuellen Folgen bei Unterlassung. — Andererseits besteht aber auch die Pflicht, den arbeitslosen, reisenden Kollegen in jeder Hinsicht behilflich zu sein, damit sie von der Landstraße und in ein Arbeitsverhältnis kommen. Das gilt natürlich für alle arbeitslosen Kollegen!

Verbandsstreue. In der Zahlstelle Breslau II konnten in diesem Jahre die Kollegen Oskar Kotiera, Richard Funke, Max Ciupa, Oskar Schmidt, Gustav Kreischer und Wilhelm Kospichel auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Den Jubilaren zu Ehren veranstaltete die Kollegenarbeit eine Feier, die einen eindrucksvollen Verlauf nahm. In der Festansprache wurde besonders der jüngeren Generation ein Herz gelegt, nie zu vergessen, daß die Jubilare alle aktiv mitgearbeitet haben an der Schaffung der Tarifverträge, des Achtstundentages

und dem Ausbau und der Festigung unserer Gewerkschaftsbewegung. Kollege Max Ciupa ist heute noch als Bezirkskassierer tätig. Die Zahlstelle Breslau II wünscht den Jubilaren noch viele Jahre gleiche Kraft und Gesundheit wie bisher, damit sie für sich, ihre Familien und für die Gewerkschaft nutzbringend arbeiten können.

Zum Verbandstage. Grenzen der Leistungen im Unterstützungsweesen des Verbandes. Jeder Verband, der außer bei Streiks, Ausperrungen und Maßregelungen noch andere Unterstützungseinrichtungen eingeführt hat, ist auf seine eigene Kraft, das sind die Beiträge der Mitglieder, angewiesen. Die Verbände haben für solche Ausgaben von keiner Seite auf Beihilfe zu rechnen, wenn z. B. im Steinarbeiter-Verband die Ausgaben für die Erwerbslosen, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit, die Einnahmen weit übersteigen. Daburh ist die Grenze festgelegt im weiteren Ausbau der Erwerbslosenunterstützung. Obgleich sehr berechtigte Anträge darüber zum Verbandstage vorliegen. Außerdem gibt die trostlose Lage in der Hartstein-Industrie mit der nie geahnten Arbeitslosigkeit keine Hoffnung auf Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung, weil der Verband durch die Arbeitslosigkeit eine große Mindereinnahme an Beiträgen hat. So sind in Striegau zu den arbeitslosen Kollegen vom Winter her noch 400 Kollegen diesen Sommer hinzugekommen. Derartige Zustände über Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie sind in allen Gegenden Deutschlands vorhanden. Diesen Kollegen könnte, wenn sie in der staatlichen Arbeitslosenunterstützung schon ausgekostet und auf die Unterstützung der Wohlfahrtspflege angewiesen sind, auf eine weitere Zeitdauer vom Verbandsverband geholfen werden, wenn den Ausführungen in Nummer 34 vom Gauleiter Senft die nötige Beachtung geschenkt wird.

Der von ihm angeregte Umbau der Erwerbslosenunterstützung wäre gut durchführbar, wenn jedes Verbandsmitglied den nötigen Idealismus dazu hätte, und den Ausführungen in Nummer 34 zustimmte. Leider wird noch unsere Verbandszeitung zu wenig gelesen, darum herrscht über das Unterstützungsweesen noch viel Unklarheit. Daher wäre es wünschenswert, daß sich die Delegierten in den Bezirken zur Aufgabe machten, über die Arbeiten des Verbandstages in engeren Kreisen, vielleicht nach Ortschaften zu berichten.

Zu den Anträgen auf Einführung einer Alters- und Invalidenunterstützung fehlt die Hauptfrage, das sind die statistischen Unterlagen über die Zahl der invaliden gegenüber den arbeitsfähigen Kollegen. Das Material der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung, wo auch die Renten von Jahr zu Jahr im Prozentfuß steigen, kann auf Invalidität im Steinarbeiterverband keine Anwendung finden, sonst wäre die Einführung der geplanten Unterstützung — undurchführbar. Hierzu ein Beispiel: Als der Metallarbeiterverband die Invalidenunterstützung einführen wollte, kamen bei der staatlichen Invalidenversicherung am 31. Dezember 1926 auf 17,5 Millionen Versicherte 1 735 973 Alters- und Invalidenrentner — 9,92 vom Hundert, im Buchruderverband kommen im selben Jahre nur reichlich 2 v. H., oder auf je 16 Mitglieder ein invalides Mitglied. Dieser geringe Prozentfuß von unterstützungsberechtigten Mitgliedern im Falle von Invalidität kann auf den Steinarbeiterberuf nicht umgelegt werden, aber immerhin führen alle Verbände mit dieser Unterstützung den Beweis, daß mehr an Unterstützung geleistet wird, als bei der staatlichen Invalidenversicherung. Mögen die Gegner der Einführung dieser Unterstützung noch so berechtigte Gründe anführen, in einem Punkte sind sich Befürworter und Gegner gleich, nämlich, daß der arbeitende Mensch, wenn er vom Arbeitsmarkt ausgeschaltet wird, sehr gern die gewerkschaftliche Unterstützung nimmt und den Wert besser schätzen lernt, als in gesunden Tagen. Am gerechtesten wäre eine Abstimmung über die Einführung der Invalidenunterstützung, jedoch mit einer vollständig klaren, verständlichen Vorlage, ob Einheitsbeitrag oder Klassenbeitrag, und die entsprechenden Gegenleistungen. Bei einer Beitragsfestsetzung zur Invalidenunterstützung mögen die Delegierten und die Statutenberatungskommission nicht von ihrer finanziellen Lage urteilen, sondern sich in die Lage der Kollegen hineinsetzen, die einen niedrigen Verdienst haben. Das sind meist die Hilfsarbeiter, denen muß bei der Festsetzung der Beiträge ein Entgegenkommen gezeigt werden. Vielleicht so, daß bei den Beiträgen bis zu 60 Pfg. anstatt 20 Pfg. Lokalbeitrag, nur 10 Pfg. für diesen Zweck erhoben werden, die anderen 10 Pfg. auf die gedachte Unterstützung. Untere Hauptkategorie erleidet keinen Schaden dabei, und es wäre zum Vorteil für diese, wenn in jeder Zahlstelle für eine regelmäßige und eine den Lohnverhältnissen entsprechende Beitragsleistung agitiert würde. Alles muß versucht werden, um die Kollegen beim Verbandsverband zu halten, das ist der größere Gewinn. Der herausgegebene Jahresbericht zeigt in dieser Beziehung keine Befriedigung. Auch den im Jahresbericht erwähnten Beruntreuungen von Verbandsgebern muß ein Ende gemacht werden.

Striegau. R. Kuffert.

Dresden. Der nachstehende Entscheid des Landesarbeitsamts zu Dresden hat gewiß für alle Kollegen Interesse, und kann in ähnlichen Fällen zur Begründung dienen.

Tatbestand und Gründe: Der 1901 geborene Kläger hat seit 1915 als Maschinenschleifer gearbeitet. Aus gesundheitlichen Gründen gab er 1926 seinen Beruf auf und nahm eine Lehrlingsstelle als Steinseher an, worüber ein dreijähriger Lehrvertrag abgeschlossen wurde. Am 7. Januar 1929 beantragte er Arbeitslosenunterstützung. Diese wurde vom Vorsitzenden des Arbeitsamts Dresden abgelehnt, da ein Lehrverhältnis gegeben sei. Hiergegen erhob der Kläger rechtzeitig Einspruch und brachte vor, er habe Beiträge gezahlt, sei nicht befreit worden und sei Umlerner. Sein Einspruch wurde vom Spruchauschuß des Arbeitsamts Dresden am 1. Februar 1929 zurückgewiesen. Hiergegen legte der Kläger rechtzeitig Berufung ein. Die Spruchkammer holte eine Auskunft des Arbeitgebers — Bl. 5 G. A. — und eine solche der Gewerkekammer Dresden — Bl. 8 G. A. — ein.

Die Gewerkekammer Dresden gibt in ihren Schreiben vom 3. Mai 1929 an, daß der Kläger als Lehrling anzusehen sei. Er könne nur dann als Umschüler betrachtet werden, wenn er aus einem dem Steinsehergewerbe verwandten Berufe (? Red.), etwa Steinmetz, Stukkateur, Bauarbeiter übergetreten sei. Wenn im Gesetz der Begriff „Umschüler“ nicht festgelegt ist, so muß doch aus den Bestimmungen über Umschulung und Berufsausbildung gefolgert werden, daß nicht nur ein Wechsel zwischen verwandten Berufen als Umschulung angesehen werden kann, sondern auch zwischen Berufen, die miteinander keine Berührungspunkte haben. Die Spruchkammer hat den Kläger nicht als Lehrling ansehen können, sondern als Umschüler. Gegen das Vorliegen eines achten Lehrlingsverhältnisses spricht einmal das Alter des Klägers, zum anderen auch der von ihm bezogene Arbeitslohn, der 50 bis 60 Prozent über dem Entgelt, das Lehrlinge beziehen, liegt. Auch die Arbeitgeberfirma Bernhardt bezeugt, daß der Lehrvertrag lediglich deshalb eingegangen worden ist, um dem Kläger die Gesellenprüfung zu ermöglichen, daß er aber in allen anderen Beziehungen nicht als Lehrling betrachtet worden sei. Hiernach war der Anspruch des Klägers auf Arbeitslosenunterstützung begründet; die Entscheidung des Spruchauschusses war aufzuheben. Dem Kläger waren 6 Reichsmark außergerichtliche Kosten, die ihm durch Terminwahrnehmung entstanden waren, zu vergüten.

Dobrilugl. Zu dem Versammlungsbericht in Nr. 35 des „Steinarbeiter“ muß nach persönlicher Information an Ort und Stelle bemerkt werden, daß es nicht den Tatsachen entspricht, daß dem Kassierer von der Firma nahegelegt wurde, seinen Posten niederzulegen. Im Gegenteil ist auch Herr Koppe bereit, jederzeit mit einem Verbandsvertreter zu verhandeln. Dem Zahlstellenvorstand ist auch nicht wegen Verbandzugehörigkeit gekündigt worden, sondern andere Differenzen waren Veranlassung, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Auch die übrigen Bemerkungen, die der Bericht enthält, werden in Abrede gestellt. Den Reichslohntarif für Granitschleifereien erkennt die Firma Koppe an, trotzdem findet ein starker Arbeiterwechsel bei der Firma statt.

Rundschau

Die Wirtschaftslage im Spiegel der Leipziger Herbstmesse. Die große Leipziger Warenschau vom 25. bis 31. August d. J. wurde von gutem Wetter begünstigt und das Bild, welches Leipzig während der Messe bietet, war auch diesmal durchaus eintragsvoll. Der erste Messesonntag hatte eine große Volksmenge nach der „großen Seefahrt“ geführt. In den Meszhäusern, auf den hauptsächlichsten Verkehrsstraßen wogten die Menschenmassen hin und her. Auf den Straßen, in der Luft und überall Reflektorenveranstaltungen.

Die Herbstmesse ist etwas ganz anderes als die Frühjahrsmesse. Jede hat ihre Eigenart. Während die Frühjahrsmesse ausgesprochen Exportcharakter hat, dient die Herbstmesse vorwiegend der Versorgung für den Winter- und Weihnachtsbedarf. Deshalb treten naturgemäß die bestimmten Industrien auf den einzelnen Messen in den Vordergrund. Auf dem technischen Messegelände sind im Herbst verschiedene Hallen unbefüllt, weil der Großmaschinenbau, die Großelektrotechnik nur im Frühjahr ausstellen. Einen besonderen Anziehungspunkt bot in diesem Jahre die reichlich besetzte Baumeisse. Die Ausstellerzahl betrug 260 Firmen gegen 240 im Vorjahre. Es ist ein interessanter Ansehungsunterchied, wie die Bauwirtschaft von Halbjahr zu Halbjahr neue Arbeitsmaschinen, Arbeitsstoffe usw. hervorbringt. Die Leipziger Baumeisse erspart kostspielige Besichtigungsreisen nach anderen Landesstellen, weil hier fast alles Erwähnungswürdige zu sehen ist.

Soweit Steinindustrie und Straßenbau in Frage kommen, war es dieselbe Aufmachung wie schon bei vorhergehenden Messen konstatiert wurde: Marmorwaren, Grabdenkmäler, Pflaster- und Schottermaterial; von denselben Firmen; ferner die bisher bekannten Steinbearbeitungsmaschinen in der Hauptsache Preßluftwerkzeuge. Für den Straßenbau war die Maschinenschau nicht so erheblich wie im Frühjahr, das vorhandene stellte sich durchweg den verschiedenen neuen Straßenbedeckungen (Teer, Asphalt, Beton) zur Verfügung, um immer mehr menschliche Arbeitskräfte zu erübrigen.

Das ist überhaupt bei jeder angepriesenen Maschine das A und O des Verkäufers. Es mangelt in Deutschland an Kaufkraft, weshalb eine Messe naturgemäß nur mittlere Ergebnisse zeitigen kann. Wir haben es in Deutschland zur Zeit nicht mit einer Krise im herkömmlichen Sinn zu tun, sondern mit monatelang andauernden Absatzrückungen. Aber sonst zeigt die Produktion noch einen hohen Stand. Dazu hat nicht zuletzt die gestiegene Ausfuhr beigetragen. Wenn die diesjährige Herbstmesse wieder ausländische Käufer zum Bezuge deutscher Waren veranlassen konnte, dann hat sie ihre Funktion als Mittler im Auslandsgeschäft erneut bewiesen. Darüber hinaus hat sich aber gezeigt, daß nur Kaufkraftsteigerung die in Leipzig gezeigten Waren der Menschheit dienstbar zu machen vermag.

Die Macht der Arbeiterbewegung im Spiegel der Industrie. Die von den Industrie- und Handelskammern an der Ruhr herausgegebene Zeitschrift „Ruhr und Rhein-Wirtschaftszeitung“ behandelt in ihren Nummern 33 und 34 die wirtschaftliche Macht der Arbeiterbewegung. In einem Artikel „Die wirtschaftliche Bedeutung des Sozialismus in Deutschland“ wird sehr übersichtlich die umfassende Stärke der deutschen Arbeiterbewegung dargestellt. Bei der Uebersticht über die Gewerkschaften wird die starke Stellung des ADGB hervorgehoben. Besonders wird der Steigerung der Einnahmen der Verbände des ADGB auf rund 222 Millionen Mark im Vorjahre gedacht. Die Arbeiterbank mit ihren Einlagen von rund 125 Millionen Mark und ihrem Umsatz von 2000 Millionen Mark scheint die Herrschaften besonders zu interessieren. Sehr treffend wird die Macht der Konsumvereine hervorgehoben. Desgleichen wird über die Volksfürsorge der Wohnungsbauvereine berichtet. Die politische Organisation der SPD und deren Pressemacht wird durch imponierende Zahlen illustriert. — Eine an sich sehr objektive Würdigung der gesamten Wirtschaftsmacht der organisierten Arbeiterklasse. Es ist erfreulich, wenn derartige Blätter ihren Lesern in Form von Zahlen die Stärke der Arbeiterbewegung näherbringen. Die bürgerlichen Parteien hätten im Gesamteffekt dieser „Organisierung des Sozialismus“ nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die neueste Methode zur Durchsetzung der sozialistischen Idee sei die Wirtschaftsdemokratie. In einem Artikel der nächstfolgenden Nummer wird an den Ausgaben des ADGB herangeführt. Offenbar wollte man dadurch die Wirkung des ersten Artikels abschwächen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Unternehmer der Schwerindustrie für die wirtschaftliche Macht der Arbeiterbewegung immer einen derartig offenen Blick haben und daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen würden. Noch besser aber wäre es, wenn die Millionen Anhänger und der noch größere Haufen der Unorganisierten ihre eigene Macht mit gleicher Schärfe zu erkennen in der Lage wären. Dann würde sich manches Wort erübrigen und die Werbekraft der Arbeiterbewegung unendlich stärker sein.

Ein schönes Bekenntnis zur Freiheit der Gewerkschaften. In einem Leitartikel von „Arbeit und Wirtschaft“, dem Organ des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes, gibt Viktor Stein diesem Bekenntnis der Gewerkschaftsbewegung in besonders schöner und eindringlicher Weise wie folgt zum Ausdruck:

„Das ist der Schlüssel zu dem scheinbaren Geheimnis der ungeheuren Durchschlagskraft und ungeahnten Anziehungskraft der proletarischen Gewerkschaften gegenüber der Unternehmerschaft und auf die breiten Massen der arbeitenden Menschen, daß sie so ganz und gar dem trotzig-stolzen Denken der Arbeiter angepaßt sind. Wir wollen nicht beschenkt, wir wollen nicht bevormundet sein! Frei in unserer traurigen Abhängigkeit, stolz in unserer gesellschaftlichen und betriebsorganisatorischen Degradierung: das war seit je der Wunsch des fortgeschrittenen Teiles der Arbeiter, das war das Ziel, das sie ihrer Erziehungsarbeit an ihren Arbeitskameraden gesetzt haben. Und jeder der einmal in die freie Gewerkschaft eintrat — frei nennt sie sich, weil sie einem freien Entschluß entspringen ist, frei nennt sie sich, weil sie sich in ihren Entschlüssen und Unternehmungen frei wissen will, frei weiß von jeder wie immer gearteten Einflußnahme der Unternehmer und ihrer Handlanger, der Regierungen und der Bureaucratie, frei, wie es der einzelne Arbeiter sein will und sein kann in dieser Welt der zahllosen Bindungen und Hemmungen — jeder also, der einmal in die freie Gewerkschaft eintrat, gewann sofort den Eindruck, daß er da das Instrument, die Methode, die Kraft und das Ziel gefunden hat, all das Furchtbare, Enge, Entfesselnde, Beklemmende zu bekämpfen, was ihm in der Werkstatt, auf der Gasse, im privaten und Berufsleben begegnet. Freie Gewerkschaft: das war sein Kamerad, das waren und sind alle seine Berufsgenossen; freie Gewerkschaft: das ist eine der Aueßerung seines Innersten, seines eigenen Wesens. Diese Wesenseinheit: Arbeiter und Gewerkschaft, ist der Boden, dem alle unsere Erfolge entspringen, und der Erfolg ist auch der beste, wirkungsvollste Agitator.“

Das Baugewerbe als Faktor der Volkswirtschaft. Welche Bedeutung dem Baugewerbe als Faktor der Wirtschaft zukommt, geht aus dem Bericht der Bau- und Bodenbank A. G. hervor. Dort wird der Herstellungswert an Holz, Tief- und Straßenbauten für die beiden letzten Jahre auf je 9 Milliarden Mark geschätzt. Diese Summe verteilt sich zu 3,3 Milliarden Mark auf den Wohnungsbau, etwa 1 Milliarde Mark auf Reparaturen, Unterhaltung und Umbauten, 900 000 Mark auf den Neubau von Land- und Stadtstraßen und deren Unterhaltung, etwa 1,2 Milliarden Mark auf Gebäude für öffentliche und gewerbliche Zwecke und 2,6 Milliarden Mark auf Tiefbauten aller Art. Ohne über das Wesen der Volkswirtschaft tiefer orientiert zu sein, vermag sich jeder einen Begriff zu machen, was diese Summen für das Gedeihen der Wirtschaft bedeuten. Angesichts dessen kommt es naturgemäß sehr wesentlich

auf die Baukosten an. Und hier sehen wir, daß diese Kosten sich immer weiter nach oben bewegen. Was auf diesem Gebiete für Veränderungen eingetreten sind, geht aus nachfolgenden Zusammenstellungen hervor:

| Baustoffindex (1913=100) | |
|--------------------------|-------------------------------------|
| | Januar April Mai Juni Juli August |
| 1928 | 157,6 158,2 160,0 160,9 160,8 160,0 |
| 1929 | 156,8 156,9 157,0 157,7 158,8 160,7 |

| Baukostenindex | |
|----------------|-------------------------------------|
| | Januar April Mai Juni Juli August |
| 1928 | 172,7 173,3 173,4 173,4 172,8 172,1 |
| 1929 | 171,8 174,3 175,0 175,4 177,1 177,8 |

Der Baustoffindex hat von April bis August eine Steigerung von 4 Punkten erfahren. Welcher Anlaß dafür vorgelegen hat, ist nicht ersichtlich. Der Baukostenindex hat im August eine Rekordhöhe erreicht. Es steht um 5,7 Punkte höher als im August des Vorjahres. Als Begründung hierfür werden die erhöhten Zinssätze, die Verteuerung der Baustoffe und Lohnerrhöhung ins Feld geführt. Was letztere anbelangt, so sind sie in ihrem Anteil an den gesamten Baukosten so minimal, daß sie wenig ins Gewicht fallen. Einzig und allein die übrigen Punkte, neben der Sucht möglichst viel zu verdienen, sind also für die Verteuerung des Wohnungsbaues verantwortlich zu machen. Hierbei muß etwas anderes Erwähnung finden. Für Berlin wurde kürzlich einmal eine Berechnung aufgemacht, wonach Einholung aller baupolizei-



Westseite des Schlosses in Berlin Vom Schinkelplatz aus gesehen

lichen Genehmigungen und sonstige Lausereien einem Weg von Berlin nach Innsbruck gleichkommen. Während alle übrigen Hemmnisse in gewisser Beziehung zwangsläufig sind, so aber nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Bureaucratismus verursacht. Man sollte deshalb diesem Ungeheuer energisch zu Leibe gehen. Der Wohnungsbau steht vor großen Schwierigkeiten. Die hohen Baukosten stehen an erster Stelle. Eine betrübende Feststellung für die Wohnungssuchenden.

Die Steuerkraft in den einzelnen Reichsgebieten. Eine Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts bietet einen guten Vergleich der Steuerkraft der einzelnen deutschen Landschaften. Die Steuerkraftsteigerung wird gewonnen durch Umrechnung des Aufkommens aus den vier der Bearbeitung zugrundegelegten großen Personalsteuern (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Vermögenssteuer) auf den Kopf der Bevölkerung. Von den Landesfinanzämtern hat Berlin mit 131,9 Mark die höchste Steuerkraftsteigerung, dann folgt Unterweser mit 119,8, Unterelbe mit 117,9, Leipzig mit 83,6, Düsseldorf mit 72,7, Kassel mit 70,9 usw. Die niedrigste Steuerkraftsteigerung wird in Königsberg mit 20,2 Mark erreicht, dann folgt Oberhessen mit 25,9, Stettin mit 32,2, Mecklenburg-Vorpommern mit 39,2 usw. Die höchste Zahl der Steuerpflichtigen weist ebenfalls Berlin auf. Die niedrigste hat Düsseldorf. Die meisten Lohnsteuerpflichtigen im Verhältnis der Gesamtzahl befinden sich im Bereiche des Landesfinanzamts Düsseldorf, dann folgt Berlin, Münster, Leipzig, Oberschlesien, Unterweser usw. Der geringste Prozentsatz der Lohnsteuerpflichtigen mit 68,0 befindet sich in Oldenburg, dann folgt München mit 72,6, Würzburg mit 76,0, Hannover mit 77,3, Nürnberg mit 77,3 usw. Aus dem Zahlenwerk ergibt sich, daß der übergroße Teil des Steueraufkommens von den Städten stammt. Die Lohnsteuer macht einen erheblichen Betrag aus.

An die Delegierten des Verbandstages!

Alle Delegierten zum Verbandstag in Berlin melden sich bei ihrer Ankunft im Restaurant des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelauer 25, zwecks Zuweisung der Quartiere. Das Gewerkschaftshaus ist zu erreichen mit der Straßenbahnlinie Nr. 2 (Bahnhofstr.) vom Schlesischen, Görlitzer, Anhalter, Potsdamer und Stettiner Bahnhof. Die genannte Straßenbahn fährt direkt bis zum Engelauer, doch muß beim Einsteigen der Schaffner gefragt werden, welche Richtung die kürzeste ist, um unnötige Fahrzeit zu vermeiden. Die Kollegen, die über Bahnhof Charlottenburg, Friedrichstraße und Alexanderplatz ankommen, fahren durch bis zum Schlesischen Bahnhof und benutzen von dort die Straßenbahnlinie Nr. 2 oder Nr. 3. Die Kollegen, die auf Hamburg-Lehrter Bahnhof ankommen, gehen vom Fernbahnhof nach dem Stadtbahnhof und fahren auch bis Schlesischen Bahnhof. Von dort ebenso wie vordem mit Straßenbahnlinien Nr. 2 oder 3 bis Engelauer. Wir machen die Kollegen aufmerksam, daß sie alle Fragen betr. Fahrgelegenheiten nur an Bahns-, Straßenbahn- oder Polizeibeamte richten sollen, damit ihnen die richtige Auskunft gegeben wird. Wenn mehrere Kollegen gleichzeitig auf einem Bahnhof ankommen, empfiehlt es sich, ein Droschkenauto zu nehmen, da der auf den einzelnen entfallende Betrag verhältnismäßig gering ist. Dann mögen die Delegierten spätestens am Sonntag, 18. Uhr, eingetroffen sein, damit sie am Empfangsabend durch die Zahlstelle im Gewerkschaftshaus teilnehmen können. Ortsverwaltung Berlin. J. A.: Gustav Nitsche.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN UND GAULEITUNGEN

Gau IV (Gruppe Straßenbau). Vom Reichsarbeitsministerium ist folgende Entscheidung getroffen: „Der III. Nachtrag (Lohnabkommen) vom 7. April 1929 zum allgemein verbindlichen Bezirkstarifvertrage vom 10. Februar 1927 (Reichsarbeitsblatt 1927, Nr. 27, S. 1 425) wird für den gleichen beruflichen und räumlichen Geltungsbereich mit Wirkung vom 1. August 1929 für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit des Nachtrages vom 1. April 1928 tritt hinsichtlich der Lohnsätze mit Ablauf der Geltungsdauer der Lohnsätze außer Kraft.“

Kassel. Wegen Teilnahme am Verbandstag ist das Bezirksbüro vom 6.—15. September geschlossen.

Berlorene Mitgliedsausweise. In Friedland die Verbandsbücher Nr. 79 252 für Paul Kettner, Steinschlager; Nr. 100 252 für Rudolf Riethoff, Steinschlager; Nr. 100 254 für Reinh. Buß, Steinschlager. (Angeblich gestohlen.) In Ramenz Nr. 8133 für Richard Kojak, Brecher.

Adressenänderungen

- Gau: Görlitz. Kass.: Wilhelm Wodara, Wohlau b. Belgert an der Elbe.
- Gau: Pöbejün. Kass.: Willi Meuser, Gottgau 1, Rönnern-(Saale)-Land.
- Gau: Recklinghausen. Vorf. und Kass.: Joseph Liebgen, Recklinghausen-Süd II, Bochumer Straße 125.
- Gau: Bad Nibling. Kass.: Ludwig Siegl, Willinger Str. 359 1/2.

NEUE BÜCHER- U. ZEITSCHRIFTEN

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 RM., für Organisationsmitglieder 2,85 RM.

Das Augustheft der „Arbeit“ wird eingeleitet durch ein Kapitel aus dem Buche von Theodor Leipart über Carl Legien, den großen Führer der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Hermann Müller, Vertreter des ADGB, im Internationalen Arbeitsamt, gibt in seinem Aufsatz „Die Internationale Arbeitsorganisation und die 12. Internationale Arbeitskonferenz“ einen knappen Bericht über die letzte Tagung und bietet einen Ueberblick über die Leistungen der bisherigen Konferenzen und des Internationalen Arbeitsamtes während der letzten 10 Jahre. Dr. Bruno Broder bringt in seinem Aufsatz „Die Sozialpolitik am Scheidewege“ den tiefgehenden Gegensatz zum Ausdruck, der heute zwischen der Aufassung der Gewerkschaften von dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung und dem sozialpolitischen Gehalt mancher Gesetzesvorlage (z. B. Arbeitschutzgesetzentwurf), den in Zukunft zu erwartenden Neufassungen des geltenden Sozialrechts (Tarifvertragsgesetz) und nicht zuletzt den Bestrebungen besteht, das geltende Recht zu reformieren (Schlichtungswesen, Arbeitslosenversicherung). Der Leiter der Gewerkschaften, die im Augustheft des Monatsheftes des ADGB, begründet den Organisationsplan eines Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gewerkschaften im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Der Aufsatz „Bauwirtschaft und Arbeiterfrage“, in dem Fritz Raphael die Ergebnisse des Berichtes der Wirtschaftsausschüsse über die „Reichsbank“ unterrichtet, verdient aus diesen Gründen wie im Hinblick auf die Neuregelung des Bankgesetzes das besondere Interesse der Gewerkschaftsfunktionäre. Im Juniheft der „Arbeit“ hatte Clemens Dröpel sich scharf gegen den Entwurf eines Gesetzes über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Verordnungen des Reichspräsidenten gewandt. In diesem Heft verteidigt Ministerialrat Dr. Martin Löwenthal in sehr klaren Ausführungen den Entwurf des Ministeriums. Köppl schreibt ein Schlusswort. Die Reihe der größeren Aufsätze beschließt eine knappe Darlegung von Dr. Wilhelm Grotzopp. „Was lehrt die Entwidlung des amerikanischen Einzelhandels?“, in der er den standardisierten Massenverbrauch, der in den Vereinigten Staaten die Grundlage des Einzelhandels bildet, kontrastiert mit der uneinheitlichen Einstellung der Konsumenten in Deutschland. Die Rundschau der „Arbeit“ bringt eine reichhaltige „Wirtschaftspolitische Chronik“ von Dr. Hans Arons, ferner eine Schilderung des Zusammenhanges des Verbandes der „Bekleidungs- und Stoffsarbeiter und des Deutschen Bekleidungsverbandes zu einer Großorganisation von Karl Polenske, und endlich die Schriftendruckerei.

ANZEIGEN

Zahlstelle Berlin. Unterbezirk Saarmund-Michendorf

Am 15. September, 14 Uhr, im Gewerkschaftshaus Michendorf Versammlung der Steinsetzer und Berufsgenossen. Auch die Unorganisierten sind zu dieser Versammlung eingeladen. Tagesordnung: Die Entwicklung der Gewerkschaften. Ref.: Kollege Herm. Linke, Leipzig. Die Ortsverwaltung.

Weitere 3-4 Maschinenschleifer sowie 2 Handschleifer

auf vorwiegend s. s. Granit per sofort oder bald in Dauerstellung gesucht. Otto Koppe & Co., Granitwerk Dobrilugk.

Wehrs Steinhauerbürsten

Rehbachstifte liefert fortwährend Kollege Wehr, gepr. Steinmetz Neustadt/Aisch (Bayern)

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen

15.- Mk., aus II-Drahtleder 9.- und 6,50 Mk., Mauerrosen 1,20 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.-, II 15.-, III 11.- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2

Altbrauchbares Pflastermaterial

wie Kopfsteine, Reihensteine, Kleinsteine, ferner Mosaik, Packe und Schotter preiswert, sofort lieferbar. Bahn-, Straßen- u. Tiefbau A. G. Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstraße 47/8.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

GESTORBEN

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In Bernburg am 22. Juli der Pflastersteinmacher Willi Trager, 22 Jahre alt, Freitag.
 - In Schwerin am 12. August der Steinsetzer Friedrich Ruthenberg, 71 Jahre alt, Altersschwäche.
 - In Hohenleuben am 19. August der Steinbrucharbeiter Max Bayerlein, 31 Jahre alt, 6 Monate krank, Drüsenwucherung.
 - In Magdeburg am 21. August der Steinsetzer Willi Grub, 40 Jahre alt, 6 Wochen krank, Nierenleiden.
 - In München am 22. August der Steinbildhauer Gottlob Maier, 48 Jahre alt, 40 Wochen krank, Lungentuberkulose (Berufskrankheit).
 - In Strehlen am 23. August der Hilfsarbeiter Karl Reinhold, 69 Jahre alt, 14 Wochen krank, Herzschwäche.
 - In Naasdorf am 26. August der Hilfsarbeiter Karl Ernst, 38 Jahre alt, 31 Wochen krank, Nierenleiden.
 - In Zwickau am 27. August der Steinsetzer Emil Schmidt, 55 Jahre alt, 16 Wochen krank (nähere Angaben fehlen).

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Zahlstelle Berlin in Vergangenheit und Gegenwart

Seit dem Bestehen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands haben die Kollegen der Zahlstelle Berlin zum erstenmal die Freude, die Teilnehmer eines Verbandstages in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen. Aus diesem Grunde wird es sicher viele Kollegen und besonders die Delegierten interessieren, einige Daten und Zahlen aus dem Werdegang einer der größten Zahlstellen unseres Verbandes zu erfahren. Daher die nachfolgenden Zeilen:

Berlin, das so oft geschmäht, kann für sich in Anspruch nehmen, der Geburtsort unserer gewerkschaftlichen Organisation zu sein. Es mag sich etwas überheblich anhören und doch ist es Tatsache. Dazu einige geschichtliche Unterlagen aus dem Berliner Organisationsleben der Steinmetzen. Die letzteren haben eine besondere und recht interessante Zukunftsgeschichte und sind die Vorläufer unserer heutigen gewerkschaftlichen Organisation. So bestand in Berlin der Streit und die Spaltung der Steinmetz-Gesellensverbindungen in „ausgewiesene“ (zünftig gelernte) und in „nichtausgewiesene“ (nicht zünftig gelernte) bis Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Jede Richtung hatte ihr besonderes Verkehrslokal, und wenn sie sich trafen, holzten sie sich nicht selten gegenseitig ab.

Erst die moderne Gewerkschaftsbewegung einigte hier, und die Aufhebung der Koalitionsverbote 1868 ebnete den Weg für die gewerkschaftliche Organisation. Von 1869 an finden wir dann auch in Berliner Steinmetzkreisen die erste Gewerkschaftsorganisation der deutschen Steinmetzen, allerdings — Hirsch-Dunderscher Richtung. Im selben Jahre gründeten auch die Hamburger Steinmetzen einen Verein derselben Richtung. Beide traten in Verbindung und regelten vor allem gegenseitig die Reiseunterstützung, die nur der Geselle erhalten sollte, der sich als Mitglied eines Ortsvereins auswies. Ausnahmen sollten nur gemacht werden bei den Steinmetzen, die aus Süddeutschland kamen. Den ersten Tarif im Steinmetzgewerbe (Afford, Lohn, Arbeitszeit) schloß nach fast einjährigem Bemühen der Berliner Verein ab. 1870 schloß sich der Hamburger Verein den Kassalleanern an, von Hamburg aus wurden nun in Bremen, Hannover, Hildesheim, Lübeck, Minden Steinmetzvereine gegründet. Dann setzten die politischen Auseinandersetzungen ein zwischen dem Berliner und Hamburger Verein. Ein Delegiertentag in Hannover brachte auch keine Klärung, die Berliner behielten ihre Fortschrittsrichtung bei, ja, ein auf dem Delegiertentag gegründeter „Deutscher Sandstein-, Marmor- und Granitarbeiterverein“ konnte nicht ins Leben treten, weil die Berliner nicht mitmachten. Sie blieben in ihrem Gewertverein und suchten nun 1872 diesem Gewertverein auch außerhalb Berlins Geltung zu verschaffen. Am 6. Februar 1872 traten 156 Steinmetzen Leipzigs dem Verein bei; am 18. Februar schlossen sich die Hallischen Steinmetzen an, am 19. April die Nebraer und am 1. Mai die Raumburger, ferner Osabrück um. Ein Delegiertentag Pfingsten 1872 vollzog nunmehr auch die Gründung des Gewertvereins über die Berliner Grenzen hinaus. Die Reste der alten Gesellenbrüderschaften standen natürlich der neuen gewerkschaftlichen Organisation mit großem Mißtrauen gegenüber und waren schwer zugänglich. Außer dem Hirsch-Dunderscher Gewertverein der Steinmetzen bestanden nun noch die Kassalleanischen Steinmetzvereine in Hamburg, Bremen, Hildesheim, Kiel usw., zusammengefaßt unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Steinhauer-Bundesverein“.

Jugendwilde Gesellen aus den Kassalleanischen Steinmetzvereinen suchten nun die Berliner zu beherrschen; es haben sich dann in den Versammlungen heftige Auftritte abgespielt, doch die Berliner wollten von Politik in ihrem Verein nichts wissen. Die Solidarität wurde aber trotz der politischen Gegensätze sehr gepflegt, bei den Lohnkämpfen wurde hüben und drüben nach Kräften unterstützt. Im Dezember 1872 fand dann auf Anregung der Hamburger Steinmetzen ein Kongreß „Deutscher Steinmetzen und Steinhauer“ in Leipzig statt, auf dem die Vereinigung der beiden Richtungen beschlossen wurde als „Verein der deutschen Steinmetzen“. Der Gewertverein wurde aufgelöst, der neue Verein sollte politisch ganz neutral sein; Vorort wurde Berlin. Diese Entwicklung hat sich, wie bereits bemerkt, vollzogen nach schweren und heftigen Auseinandersetzungen zwischen Fortschrittspartei und Kassalleanern; dazu kamen noch die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen in Form von monatelangen Streiks, die den Steinmetzen die notwendige Einigung vordemonstrierten. Auch der neue Verein hatte 1873 mehrere andauernde Streiks zu führen, besonders in Leipzig und Zeitz. Diese Streiks machten nun die Steinmetzmeister mobil, die sich nun auch vereinigten und den Beschluß faßten: „Den Verein der Steinmetzen zu vernichten!“ Dieser Beschluß der Meister und die Kämpfe selbst räumten mit allen noch vorhandenen Gewertvereinsideen in den Köpfen der Steinmetzen gründlich auf. Den Meistern gelang die Vernichtung natürlich nicht. 1874 und 1875 fanden noch Generalversammlungen des Vereins statt, auf der letzteren zählte er nur noch 22 Ortsvereine mit 616 Mitgliedern. Behördliche und Polizeimacht ließen damit parallel; und den letzten Rest des Vorläufers unserer heutigen Steinarbeiterorgan-

isation legte im Jahre 1878 das Sozialistengesetz hinweg.

Erst sechs Jahre später, im Juli 1884, wurde im Halle an der Saale auf einer Tagung der örtlichen Fachvereine, die sich trotz Sozialistengesetz gebildet hatten, beschlossen, wieder einen „Verein der Deutschen Steinmetzen“, bestehend aus den örtlichen Fachvereinen, mit dem Hauptsitz in Berlin zu gründen.

Im Laufe der Jahre kam dann den Steinmetzen die Erkenntnis, daß dem Unternehmertum nur durch den Zusammenschluß aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeitnehmer Vorteile abgerungen werden könnten. Auf dem 6. Kongreß der Deutschen Steinmetzen am 23. Mai 1893 in Frankfurt am Main wurde beschlossen, den bisherigen Verband aufzulösen und dafür eine Zentralorganisation zu schaffen, die sich in den einzelnen Orten auf ein Vertrauensmännersystem stützte, ähnlich der Organisation der Sozialdemokratischen Partei. Das war die Organisation der Steinarbeiter Deutschlands mit einer Geschäftsleitung (nicht Vorstand) an der Spitze. Erst der 11. Kongreß der Steinarbeiter Deutschlands,

Dem Verbandstag gewidmet

Steinarbeit ist hartes Werk,
formt die Fäuste und den Mann,
daß er pack'n und hämmern kann.
Und was an Arbeit wird geschafft,
das fügt sich ein in unsere Kraft.
Das setzt sich fest im Wollen und Ringen
und gibt uns Mut, zum Ziel zu dringen.
Steinarbeit schafft unsre Hand,
Steinarbeit ist auch unser Verband.
Denn fest gefügt wie Stein auf Stein,
so wuchs er auf.
Immer breiter, kraftgefüllter,
ein Bau für alle, die im Steine schaffen.
Und die Steine dieses Baues? —
Sind wir selber!
Wie wir uns zurecht gebosselt,
daß der eine harte Schädel
passen wird zum anderen.
So erwächst der Bau für alle,
so entsteht aus unserer Hand
unser Schutz- und Trutzverband.
Nun, noch ist der Bau nicht fertig,
mancher Stein fehlt noch darin,
denn allen wuchs noch nicht der Sinn,
für der Einheit starkes Band.
Noch mancher lebt im Unverständnis,
für sich selbst etwas zu gelten,
doch wir wollen drob nicht schelten.
Einer knackt die Nüsse früh,
der andre wird auch alt darüber.
Doch die Zeit kommt sicher, Arbeitsbrüder,
wo kein Steinarbeiter im Land,
der nicht drin ist im Verband.
Die mit ihren Frauen
ihre Ehr' und Freud' drin schauen,
Mitglied im Verband zu sein,
der so fest gefügt ist wie ein Stein.
Von Einheit voll und starkem Streben
allen Sicherung zu geben.
Bedenkt: Die Einigkeit, das ist die Kraft,
Die alles schafft!

Maria Koch, Düsseldorf.

vom 19. bis 24. Mai 1902 in Leipzig, beschloß mit 37 gegen 5 Stimmen, dieser sogenannten losen Organisation ein festes Gezüge, durch Umwandlung in den „Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands“, zu geben. Das vollzog sich ab 1. Januar 1903.

Bis zu diesem Tage war Berlin, genauer gesagt Rixdorf, der heutige Stadtteil Neukölln, der Zentralpunkt der gewerkschaftlichen Organisation der Steinarbeiter und seiner Zentralverwaltung gewesen.

Die Gründe, die zur Sitzverlegung des Verbandes nach Leipzig führten, mögen zum Teil sachlicher Natur gewesen sein, jedenfalls haben aber auch persönliche Einflüsse mitgewirkt.

Nach dem vorstehend knapp geschilderten Werden der Gesamtorganisation lohnt es sich, den weiteren Aufstieg der Zahlstelle Berlin etwas näher zu betrachten.

Bei Gründung des Zentralverbandes hatten wir in Berlin zwei Zahlstellen, Zahlstelle I, umfassend die Kollegen der Bau- und Grabmalbranche (fast nur Steinmetzen) mit 320 Mitgliedern, und Zahlstelle II (Marmorgruppe) mit 198 Mitgliedern.

Durch fleißige Agitation gelang es bis zum Jahre 1907, diese Zahlen auf 621 in Gruppe I und 263 in Gruppe II zu steigern. Schlechte Arbeitsverhältnisse brachten es mit sich, daß im Anfang des Jahres 1909 nur noch 468 resp. 203 organisierte Kollegen gezählt werden. Bis dahin wurde die Verwaltung der beiden Zahlstellen ehrenamtlich geführt. Es zeigte sich jedoch, daß ein Zusammenfallen beider Zahlstellen die Organisationsverhältnisse günstiger beeinflussen würde. Aus diesem Grunde beschloßen die Kollegen, ab 1. April 1909 die beiden Gruppen in eine Zahlstelle zu vereinen und den Posten des Vorsitzenden und Kassierers durch einen Angestellten zu besetzen.

Kollege Winkler, unser heutiger Zentralvorsitzender, übernahm das Amt, um mit 688 organisierten Kollegen die Zahlstelle weiter auszubauen und den Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Berliner Mitglieder im verstärkten Maße zu führen. Ein finsternes Nebenzimmer eines Lokales in der Seydelstraße, in dem am ganzen Tage Licht brennen mußte, diente ihm als Büro. So primitiv wie der Raum war auch die sogenannte Büroeinrichtung. Glücklicherweise gelang es im Jahre 1910 einen Büroraum im Berliner Gewerkschaftshaus zu mieten. Außer der Tätigkeit als Vorsitzender und Kassierer hatte der Angestellte aber auch noch das Amt eines Arbeitsvermittlers zu versehen. Ehe die Anstellung erfolgte, befand sich die Stellenvermittlung der Steinmetzen bei unserem altbewährten Zahlstellenwirt Max Faber in Noabit, Stephanstraße 11, während die Kollegen der Marmorgruppe nur durch sogenanntes Zusprechen sich Arbeitsmöglichkeiten verschaffen konnten.

Bald zeigte sich, daß die Zusammenlegung die Grundlage zur weiteren Entwicklung der Zahlstelle bot. In stetigem Ansteigen wurde die Zahl der Mitglieder bis zum Kriegsausbruch auf 1012 gebracht. Der Krieg selbst riß gewaltige Lücken in die Reihen der Berliner Kollegen. Im Jahre 1917 war die Mitgliedszahl bis auf 264 gesunken. Im Kriege wurde der jahrelange Wunsch der

Berliner Kollegen nach einer einheitlichen Arbeitsvermittlung seiner Bewirkung nähergebracht, so daß nach dessen Beendigung der heute bestehende paritätische Arbeitsnachweis aufgebaut werden konnte und später in allen Tarifverträgen verankert wurde. Heute dürfen nur noch Einstellungen durch den Nachweis erfolgen!

Im 2. Quartal 1920 wurden 1140 Mitglieder gezählt. Die dann einsetzenden politischen Wirren gingen auch an unserer Zahlstelle nicht spurlos vorüber. Die Mitgliederzahl sank Mitte 1921 auf 892. Kege Agitation ließ sie aber bis Ende 1923 wieder auf 1027 ansteigen. In dieser Zeit waren in der Leitung der Zahlstelle verschiedene Änderungen erfolgt. Kollege Hirte, der in Vertretung des Kollegen Winkler — der am 1. Juni 1920 Nachfolger des Gauleiters Biemig in Hannover wurde und am 1. Januar 1921 Nachfolger von Staudinger — während des Krieges die Geschäfte führte, wurde zwar im Frühjahr 1919 regelrecht zum Vorsitzenden gewählt, doch bereits im nächsten Jahre durch Kollegen Domann abgelöst. Dieser war leider den gestellten Anforderungen nicht gewachsen und trat an seine Stelle am 1. Juli 1920 der Kollege Wenzel. Ungefähr 1 1/2 Jahre vorher legte der Kollege Ohngemach wegen Berufsumstellung den lange Jahre von ihm ehrenamtlich verwalteten Posten als Gauleiter nieder, und es wurde der Unterzeichnete zum Nachfolger gewählt. Durch die am 1. Juli 1920 erfolgte Anstellung war dem Gauleiter die Möglichkeit gegeben, den Vorsitzenden in der Abwicklung der Geschäfte tatkräftig zu unterstützen.

Im Jahre 1923 erfolgte der Uebertritt der Steinbildhauer vom Holzarbeiterverband zu uns. War auch die Zahl der dadurch neu hinzugekommenen Mitglieder nicht groß, so wurde doch der Gedanke der Industrieorganisation hierdurch gestärkt.

Durch die am 1. Januar 1924 vor sich gehende Verschmelzung mit dem Verband der Steinseher und Berufsgenossen kamen wir wieder einen Schritt vorwärts; denn der dadurch eingetretene Mitgliederstand erhöhte sich auf 1607. Gleichzeitig erfuhr die Zahlstelle eine räumliche Ausdehnung, indem die früheren selbständigen Zahlstellen der Steinseher: Spandau, Potsdam, Caputh, Milden-dorf, Köpenick und Oranienburg, der Zahlstelle Berlin angegliedert wurden. Die Verwaltung erfuhr insofern eine Erweiterung, als der Kollege Scholz vom Steinseherverband als zweiter Ortsangestellter den Kassierersposten übernahm, wodurch die Kraft des Gauleiters mehr für den Außendienst freigestellt wurde. Im Laufe des Jahres 1924 schlossen sich dann noch die Malbasterarbeiter (zirka 150 Mann) unserer Organisation an, und es konnte durch intensive Agitation die Zahl der Mitglieder bis zum 2. Quartal 1926 auf 2276 gebracht werden.

Ein Jahr vorher entstand der Zahlstelle ein schwerer Verlust, indem der Kollege Wenzel nach kurzer Krankheit plötzlich aus dem Leben schied. Zur selben Zeit trat der Kollege Scholz wegen Altersbeschwerden von seinem Posten zurück. Derselbe wurde durch den Kollegen Martens ersetzt. Unterzeichnete wurde an Stelle des Kollegen Wenzel zum Vorsitzenden berufen, während Kollege Schenke die Geschäfte des Gauleiters weiterführte.

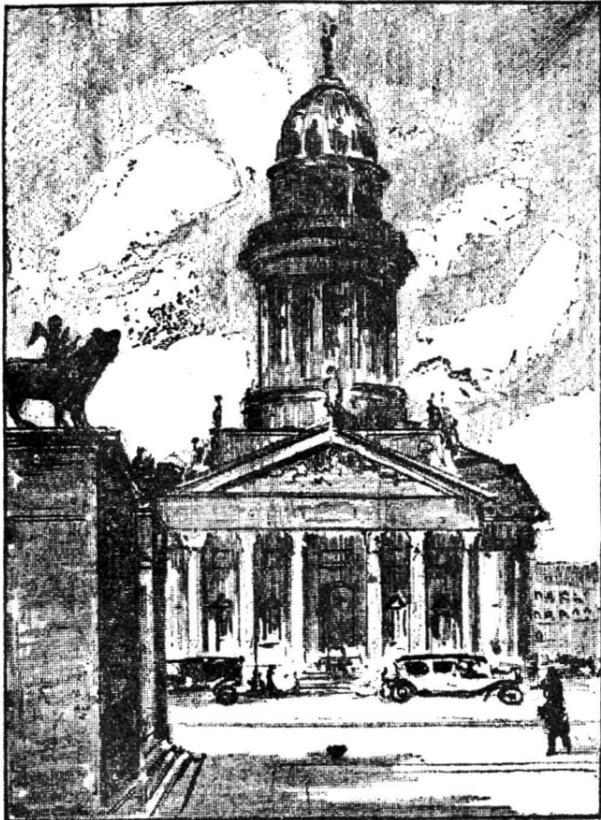
Die sich nun bald zeigende Ueberlastung der Angestellten, gegeben durch die große räumliche Ausdehnung der Zahlstellen mit rund 350 Betrieben und zeitweise über 250 Baustellen, 36 Unterzahlstellen usw., zwang uns, zur Erledigung der Arbeiten in der Gruppe Steinseher einen weiteren Kollegen anzustellen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Taege.

Durch Errichtung der Gruppe Gleisbauarbeiter und der Lehrlingsabteilung gelang es, die Mitgliederzahl im 2. Quartal 1928 auf den bisherigen Höchststand von 2918 zu bringen. Zur gleichen Zeit entstand der Organisation ein weiterer äußerst schmerzlicher Verlust durch das Hinscheiden des Kollegen Schenke. Dieses machte eine neue Umstellung notwendig. Der Kollege Taege übernahm den Posten als Gauleiter, während der Kollege Winkler in seine Stelle trat. Die durch zentrale Vereinbarungen erfolgte Abgrenzung der Verbandszugehörigkeit verpflichtete uns, bald darauf, die Gruppe Gleisbauarbeiter an den Baugewerksbund abzutreten. Gleichzeitig bildete sich hier in Berlin der sogenannte Gesellenverein der Steinseher von Groß-Berlin. Ein wildes Organisationsgebilde, zusammengesetzt aus allen unzufriedenen, rein egoistisch eingestellten Elementen unter den Steinsehern, mit dem Bestreben, das Afford- und Prämienystem einzuführen. Der Wochenbeitrag von 0,50 Mark trägt auch noch dazu bei, wankelmütige Kollegen einzufangen. Die Abgabe der Gleisbauarbeiter und die Gründung des Gesellenvereins wirkten sich auf den Mitgliedsstand so aus, daß die Zahl auf 2532 zurückging. Sie ist mittlerweile aber wieder auf 2577 am Schlusse des 2. Quartals 1929 gestiegen. Diese Zahl setzt sich zusammen aus folgenden Gruppen:

Aus 516 Steinmetzen (davon zirka 100 in Kunststein), 44 Bildhauern, 290 Marmorhelfern, 13 Schleiferinnen, 131 Malbasterarbeiten, 671 Steinsehern, 367 Rammern, 75 Steinhauern, 77 Lehrlingen (davon 62 im Steinsehergewerbe), 318 Steinseherhelfern, 95 Steinmetzhilfsarbeitern, 32 Sägereiarbeitern und 3 Gipsbrennern.

An Tarifen sind abgeschlossen: einer für Grabmal, einer für Werkstein und Marmor, einer für Kunststein, einer für Malbaster, einer für Steinseher und Berufsgenossen, einer für Sägereibetrieb und einer für Gipsbrenner.

Da das Büro des Gauleiters an das Ortsbüro angegliedert ist, wurde, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, im



Gendarmenmarkt in Berlin

Räumlich und architektonisch einer der schönsten Plätze



Dom, Teil des Schlosses und ehemaliger Marstall, Kurfürstenbrücke in Berlin. Von der Burgstraße aus gesehen

vorigen Jahre noch eine weibliche Hilfskraft eingestellt. Betrachtet man noch kurz die Finanzlage der Zahlstelle, dann ergibt sich folgendes Bild:

Bei Gründung des Zentralverbandes verfügte die Zahlstelle I über 3672,10 Mark, die Zahlstelle II über 182 Mark Kassenbestand. Bis zum Zusammenschluss waren 8525,84 Mark angeammelt. 1912 führten die Kollegen eine örtliche Arbeitslosenunterstützung mit Extrabeiträgen ein, und dadurch stieg der Ortsfonds auf 21 047,76 Mark. Er erreichte dann den Höchststand der Vorkriegszeit im Jahre 1913 mit 25 615,11 Mark. Durch lange Streiks und Unterstützung Angehöriger von Kriegsteilnehmern schmolz die Kasse bis Ende 1914 auf 8867,12 Mark zusammen. 1917 hatte sich der Kassenbestand auf 11 403,77 Mark erhöht und stieg durch die Inflation auf Millionen, Milliarden und Billionen, schließlich aber trotzdem im 3. Quartal 1923 mit einem Defizit von 433 Millionen ab. Im 1. Quartal 1924 zählt der Kassierer 402,73 Mark, am Jahresabschluss aber bereits wieder 6748,53 Mark. Durch Aufwertung von Konsumanteilen steigt der Bestand auf 25 182,01 Mark am Schluss des Jahres 1925 und erreicht im Jahre 1927 den Höchststand von 37 587,21 Mark. Seit der Neuregelung des Beitragswesens und der dadurch verminderten Ortsentnahme zeigt die Ortskasse jetzt eine langsam abfließende Tendenz und sie ist bereits bei 27 984,72 Mark angelangt. Der Rückgang wurde nur zu einem ganz geringen Teil durch die in diesem Jahr vorgenommene Verlegung und Erweiterung des Ortsbüros verursacht. Es ist aber mit Sicherheit zu rechnen, daß bei Beibehaltung der jetzigen Beitragsregelung der Ortsfonds dauernd weiter zusammenschumpfen wird.

War in den letzten Jahren die Beschäftigungsmöglichkeit im Verhältnis zu den ortsanfälligen Kollegen, außer den Bildhauern, als normal zu bezeichnen, so nahm die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Wintermonaten einen erschreckenden Umfang an. Von rund 2550 Mitgliedern waren 1976 arbeitslos und 83 Kurzarbeiter. Auch zur Zeit ist die Konjunktur in allen Gruppen als nicht besonders gut zu bezeichnen. Die Bautätigkeit, soweit Werkstein zur Verwendung kommt, ist gering, während in der Kunststeinbranche, durch Bearbeitung von Fuß usw., etwas mehr zu tun ist. Die Marmorgruppe leidet unter der italienischen Konkurrenz. Viele Firmen beziehen jetzt fertige Waren vom Ausland. Die Bildhauer sind durch den neuen Baustil vollständig lahmgelegt. Die Grabmalgruppe hatte zwar wie immer zwischen Ostern und Pfingsten einigermaßen zu tun, liegt aber augenblicklich ziemlich still. In der Marmorgruppe macht uns die Gefängnisarbeit große Schwierigkeiten. Schaltplatten werden zum Teil aus Ersatzstoffen hergestellt, nur einzelne Fassadenverkleidungen und Innenarbeiten befehlen ab und zu den Arbeitsmarkt. In einer Reihe mittlerer Betriebe wird seit Wochen verkürzt gearbeitet. Sogar im Straßenbaugewerbe hatten wir in den letzten Wochen eine größere Zahl von Arbeitslosen. Im Ganzen waren im Monat Juli 312 Kollegen beim Arbeitsnachweis gemeldet.

Interessant sind vielleicht auch folgende Zahlen: seit 1. 1. 1924 wurden aus der Ortskasse gezahlt: 2304,20 Mark an Reis, 4280 Mark Notfalls, 10 093 Mark Weihnachts-, 10 162,75 Mark örtliche Streikunterstützung und 11 103,80 Mark für Erwerbslosenmarken, die den Arbeitslosen kostenlos gefleht werden, in Summe 37 943,75 Mark.

Vom 1. 1. 1925 bis 30. 6. 1929 erfolgten 4167 Neueintritte und 307 Vertritte von anderen Organisationen. Dem standen gegenüber: 2850 Streichungen, 66 Austritte, 387 Uebertritte zu anderen Organisationen, dazu 147 durch Tod ausgeschiedene Kollegen. Zugang 4474, Abgang 3450, Gewinn 1024 Kollegen.

Soweit das Zusammenarbeiten der Angestellten mit den Kollegen in Frage kommt, kann es im allgemeinen als ein kameradschaftliches bezeichnet werden. Zwar sind, was für einen Ort wie Berlin ja nicht verwunderlich ist, eine Anzahl notorischer Nörgler vorhanden, die zum Teil durch Außenstehende politisch verhetzt, oft mit den unlautersten und unsachlichsten Mitteln versuchen, den Funktionären das Leben sauer zu machen. Sieht man sich diese Leute aber etwas näher an, dann ist leicht festzustellen, daß es sich einfach um solche handelt, die nach dem Grundsatz leben: Nicht euer nicht nach meinen Taten, sondern nach meinen Worten. Manchmal ist es auch Mangel an Auffassungsgabe, der es ihnen gar nicht klar werden läßt, welchen Schaden sie der Allgemeinheit verursachen. Trotz all dieser Hemmnisse und Widerstände ist es gelungen, die Löhne der einzelnen Berufsgruppen auf eine Basis zu bringen, die den Vergleich mit den in anderen Industrien gezahlten Löhnen jederzeit aushält. Damit ist es nicht gesagt, daß wir die Ansicht vertreten, die Löhne entsprächen bereits allen Bedürfnissen unserer Kollegen, sondern ist im Gegenteil nach der Richtung hin noch vieles zu erkämpfen. Alles in allem genommen zeigt das Vorstehende, daß die Zahlstelle Berlin mit an der Spitze des Verbandes marschiert.

Wenn die Unvernunft bei den unserm Verbands noch fernstehenden Steinsetzern erst einmal überwunden ist und durch Befestigung der gegenseitigen Reibereien die ganze Kraft der Organisation zur weiteren Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegen verwandt werden kann, wird die Zahlstelle Berlin auch noch weitere Fortschritte machen, zum Wohle des einzelnen und des Ganzen.

Möge die Arbeit des in Berlin stattfindenden Verbandstages ebenso reiche Früchte tragen, wie der erste Schritt zum Zusammenschluß auf dem Kongress im Jahre 1872, damit endlich das Wort wahr wird: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.“

Gustav Ritsche.

Internationaler Bericht

vom 2. Quartal 1929

Tschechoslowakei. (Verband der Bau-, Stein- und Keramindustriearbeiter.) Eine größere Belebung des Geschäftsganges war in der Schotterindustrie zu konstatieren, weil ein schnelleres Tempo bei der Herrichtung des Oberbaues der Staats- und Bezirksstraßen im allgemeinen verlangt wird. Die Stundenlöhne wurden durch die Organisation in dieser Industrie um 40 Heller in Karlsbad und um 20 bis 50 Heller in Sternberg und Passau erhöht. In der Kalksteinindustrie von böhm. Märdorf hat die Organisation eine einmalige Aushilfe von 400 Kronen für die verheirateten und 275 Kronen für die ledigen Arbeiter erreicht. Die Steinmetzen und Schleifer von Rosenheim und Schluckenau stehen in Lohnbewegung. In Haslau wurden die Löhne von 5,30 Kronen auf 5,80 Kronen, der Akkordtarif um 10 Prozent erhöht. Die beispielelose Zersplitterung der Mitgliedschaft in der Steinindustrie in verschiedenen Organisationen, wobei die der Nichtorganisierten nicht die schwächste ist, schädigt die Sache der Arbeiter fast in jeder Bewegung. Nachdem die Kommunisten den „Internationalen Allgewerkschaftsbund“ zerschlagen haben, gehen sie jetzt daran, einen neuen Verband oder mehrere Verbände zu gründen, wodurch der Trümmerhaufen der tschechoslowakischen Gewerkschaften immer größer wird. Die von uns im Bezirk Freiwaldau abgeschlossenen Lohnverträge für die gesamte Steinindustrie ließen die kommunistischen „Führer“ nicht schlafen und sie suchten daher Mittel und Wege, um die Verträge bei der Arbeiterschaft zu verspotten, womöglich zu stürzen. Zu diesem Behufe haben sie am 1. Juni einen Streikputsch proklamiert, an dem sich nicht einmal ein Drittel der Arbeiter vom Anbeginn beteiligte und in der vierten Woche ganz zusammenbrach. Die verführten Arbeiter mußten dann den bestehenden Lohnvertrag einzeln unterschreiben, und mehrere von ihnen haben auch die Arbeit verloren. Die Streikunterstützung wurde nur teilweise ausbezahlt.

Tschechoslowakei. (Steinarbeiterverband.) Die Krisis vom Winter, die in den letzten 30 Jahren die größte war, hat die Organisation nicht unmerklich getroffen. Nicht nur in bezug auf die vermehrten finanziellen Unterstützungen, sondern auch auf die Aktivität. Für volle zwei Monate mußten 500 Mann unterstützt werden, also der vierte Teil der Mitgliedschaft, dreimal mehr als dies in den Vorjahren zutraf. Bis Ende Juni wurden für Arbeitslosenunterstützung 108 476,53 Kronen ausbezahlt. Daran leistete die Regierung 53 610,35 Kronen. Infolge dieser unglücklichen Verhältnisse ist die Bewegung nur langsam wieder ins normale Geleise gekommen. Im Monat April konnte dann wieder mit voller

Aktivität gerechnet werden. In den ersten 5 Monaten des Jahres sind 294 Neuaufnahmen verzeichnet, mit Uebertritten total 327 Mitglieder.

Die kommunistischen Steinarbeiter haben sich im Laufe der Zeit miteinander überworfen und bestehen heute zwei deren Organisationen. Ein Teil dieser hat sich dann wieder uns, ihrem alten Verband, angeschlossen, die andern sind indifferent geblieben.

In diesem halben Jahre wurden 12 Lohnbewegungen geführt, wovon 9 mit Erfolg endigten, in 6 Fällen Lohnhöhung von 5 bis 20 Prozent, in zwei Fällen Teuerungszulagen. In all diesen Fällen wurden Arbeitsverträge abgeschlossen. Lohnbewegungen waren am Ende des Halbjahres noch nicht erledigt.

In Prag ist allerdings keine gute Konjunktur, und ein großer Teil der Arbeiten kommt fertig von auswärtigen, meistens handelt es sich um Granitbauten, in deren Innern Sandstein und Marmor Verwendung finden. Gute Konjunktur ist in der Pflasterstein-Industrie.

Schweiz. Die Konjunktur war im zweiten Quartal gut. Wenn die Zahl der Emigranten aus Italien auch nicht mehr so groß ist wie früher, so sind aber heute von Deutschland mehr Steinarbeiter vorzufinden.

Zum weitaus größten Teil sind die Steinarbeiter für Wohnbauten beschäftigt, für Arbeiten, die in kurzer Frist fertiggestellt sein müssen und durchgehends Kunststeinarbeiten aufweisen. Dabei sind allerdings noch einige Staatsbauten und größere Renovationen in Naturstein vorhanden.

Diese günstige Situation wurde auch in einigen Orten ausgenutzt.

Im ganzen Kanton Tessin (7 Sektionen) waren die Granitarbeiter während einer Woche im Streik für Schaffung von Verbesserungen. Dank ihrer guten Disziplin ist es ihnen auch gelungen, die Bewegung mit einem befriedigenden Resultat zu Ende zu führen. Es wurde erreicht: Lohnhöhung 5—10 Cents pro Stunde und Ferien durch Zahlung von Feriengeld durch die Unternehmer in der Höhe von 2 Prozent des Verdienstes.

Bei den Steinarbeitern in Winterthur gelang es ebenfalls, einen neuen Arbeitsvertrag mit ziemlichen Verbesserungen und Anerkennung von Ferien durchzudrücken. In Bern wurde der von den Unternehmern gekündigte Arbeitsvertrag erneuert mit einer Lohnhöhung von 10 Cents pro Stunde. In beiden Orten wurden diesmal für alle in der Kunststeinbranche Beschäftigten vertragliche Verhältnisse festgelegt.

Die Bewegungen der Marmorarbeiter sind erledigt, nachdem nunmehr in Zürich, Winterthur und Basel neue Arbeitsverträge abgeschlossen wurden mit bedeutender Erhöhung der Mindestlöhne und Ferienverbesserungen.

Belgien. Den Eindruck, den wir von der diesjährigen Konjunktur in der Steinindustrie haben, ist gut. Die Arbeitslosigkeit ist ganz verschwunden und konnten wir mehrmals Lohn-erhöhungen ohne ernste Bewegungen durchdrücken. In der Kampfes- kasse verzeichnen wir nur eine Ausgabe von 20 000 Franken.

Die Zementindustriellen haben einen Protest an die Regierung Amerikas eingeschickt in bezug auf die geplante Einfuhr von Materialien aus diesem Lande. In Tournais speziell ist der Zement ein viel verlangter Artikel.

In der Kleingranit-Industrie erwarten wir, daß die Ausstellung von 1930 von großer Bedeutung wird, und jetzt schon mit Mangel an Arbeitskräften gerechnet werden muß. Eine gleiche Situation macht sich auch in der Provinz Liège bemerkbar. Auf Grund des zweijährigen Streiks hier hat ein großer Teil der Arbeiter Beschäftigung in andern Industrien gefunden und sind für die Steinindustrie verloren.

Der Lebensindex ist immer noch im langsamen Steigen. Leider haben die letzten Parlamentswahlen im Mai kein gutes Resultat gezeigt, die reaktionären Kräfte, sowie die Kommunisten, haben vereint gegen die Arbeiterschaft gekämpft. Die Letzteren haben damit allerdings nur noch einen Sitz bekommen, während sie vorher zwei innehatten.

Unser Kollege Schevenels wurde als Parlamentsmitglied weiter bestätigt und Martel wurde als solcher der Provinz Hainaut gewählt.

In dieser Provinz sind 50 Prozent Sozialisten, in der Regierung, 23 Prozent Katholiken und 17 Prozent Liberale.

Unsere Kollegen Delor in Quenast, Defaux in Tournais, Hubin in Vierzet und Lalemand in Brüssel wurden ebenfalls wiedergewählt. Lapaille und Pottier verbleiben ebenfalls als Provinzdeputierte. Somit ist unsere Position bei den obersten Behörden festgehalten worden.

Dänemark. Die Arbeitsverhältnisse haben sich im letzten Quartal bedeutend gebessert, selbst die Bausteinbauer sind alle beschäftigt. Teilweise ungünstig liegen die Verhältnisse noch im Straßenbau, wo zur Zeit noch 11 Prozent arbeitslos sind.

Die Mitgliederzahl ist 833. Die Beiträge für die Arbeitslosen- kassen wurden um 1 Krone pro Woche erhöht und wird jetzt pro Woche an diese 4 Kronen entrichtet.

Holland. (Pflasterer.) Der Mitgliederbestand hat auch im zweiten Quartal eine Zunahme erfahren. Einige Unternehmer versuchten in Deutschland Leute anzuwerben und glaubten dadurch, die hiesige Bewegung zurückhalten zu können.

Die Regierung hat sich nun endlich mit der Regulierung der Arbeitsverhältnisse im Steinsetzergewerbe befaßt, einige Erfolge sind bereits zu verzeichnen und Aussicht auf weitere Verbesserungen vorhanden.

Die Pflasterer in Rotterdam befinden sich seit 5 Wochen im Streik.

Norwegen. Das 2. Quartal war den Tarifverhandlungen gewidmet. Die Tarife für Groß- und Feinstein waren am 1. Mai und für Straßen- und Kantsteine am 1. Juni abgelaufen. Es ist uns gelungen, diese Tarife ohne offenen Kampf zu erneuern. In der Hauptsache wurden die Tarife unverändert für ein weiteres Jahr anerkannt, unter Weglassung der Indexbestimmung. Wenn man alles in Berücksichtigung zieht, so haben wir dabei eine Verbesserung von 7,3 Prozent erreicht. Der Stundenlohn für Steinhauer ist jetzt 1.11 bis 1.35 Kronen. Für Maschinensteinhauer beträgt die Stundenerhöhung 20 Oere. Für die Hilfsarbeiter ist der Stundenlohn auf —.94 bis 1.21 Kr. festgesetzt. Alle Arbeiter in der Steinindustrie haben Sommerferien von acht Tagen mit vollem Lohn. Die Arbeitgeber bezahlen 3 Prozent des Lohnes und erstatten diese Summe dem Arbeiter bei Beginn der Ferien.

Die offizielle Indexziffer für das ganze Land ist jetzt 179 gegen 193 letztes Jahr. Die norwegische Krone ist stabilisiert und hat denselben Wert wie vor dem Kriege.

In der Straßen- und Kantsteinindustrie ist genügend Beschäftigung. Desgleichen auch in der Marmorindustrie. Bausteine kommen wenig in Verwendung, die Bausteinbauer sind meistens in andern Berufsgruppen untergebracht. Arbeitslose sind sehr wenige. Die Mitgliederzahl ist jetzt 1700, die größte Zahl seit Bestehen des Verbandes. Auch finanziell stellt sich der Verband gut.

Robert Kolb,
Internationales Steinarbeitersekretariat
Uetlibergstr. 21, Zürich.

Unterschied des Stilllegungsbegriffes des Betriebsrätegesetzes und der Stilllegungsverordnung

VI.

Betriebsstilllegung oder Betriebsunterbrechung bei Außenberufen

In der Entscheidung RAG. 111/28 vom 10. August 1928, „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1928, Seite 234, hatte das höchste Gericht angenommen, daß ein Bauunternehmer und ein Baudelegierter Arbeitsaussetzung wegen Frostes vereinbart hatten. Die Tatsache, daß die sich für den Baudelegierten nachträglich herausstellte, daß ein Teil der Belegschaft während dieser Zeit weiterarbeitete, konnte nach der Auffassung des Reichsarbeitsgerichts an der Rechtswirksamkeit der getroffenen Vereinbarung nichts ändern. Diese Ent-

scheidung des höchsten Gerichtes ist aus verschiedenen Gründen nicht richtig. Wegen Einzelheiten sei auf die Anmerkung zu dieser Entscheidung in der „Arbeitsrechts-Praxis“ verwiesen.

In der Entscheidung RAG. 262/28 vom 16. Januar 1929, „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1929, Seite 94, hat im Gegensatz zur ersten Entscheidung das höchste Gericht festgestellt, der Bauunternehmer und der Baudelegierte hätten wegen Frostes die endgültige Beendigung des Arbeitsverhältnisses vereinbart. Auch diese Entscheidung war aus den verschiedensten Gründen unzutreffend. Es sei auch hier auf die ausführliche Anmerkung hierzu in der „Arbeitsrechts-Praxis“ verwiesen.

Erit in der dritten Entscheidung, RAG. 464/28 vom 13. März 1929, „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1929, Seite 113, nähert sich das höchste Gericht der von den Gewerkschaften vertretenen Ansicht, daß bei Außenberufen infolge Frost- oder Regenperioden keine Betriebsstilllegung, sondern nur eine Betriebsunterbrechung in Betracht kommt. Auf die Entscheidungsgründe dieses Urteils, die in der „Arbeitsrechts-Praxis“ an der angegebenen Stelle wörtlich enthalten sind, sei ausdrücklich verwiesen. Ihre teilweise Wiederholung an dieser Stelle könnte zu Mißverständnissen führen, die wörtliche Wiederholung würde zuviel Raum in Anspruch nehmen. Das höchste Gericht hat auch in diesem dritten Falle angenommen, daß der Baudelegierte mit seiner Entlassung einverstanden war. Das Fortbestehen des Arbeitsverhältnisses ist dagegen trotzdem anerkannt worden, weil der maßgebende Betriebslohnvertrag eine Bestimmung enthielt, wonach die Baudelegierten nach Ablauf einer Frostperiode wieder einzustellen sind. Diese Wiederstellungsklausel besonderer Art hat normativen Charakter. Sie wurde Bestandteil der abgeschlossenen Arbeitsverträge und lief bei Beginn einer Betriebsunterbrechung wegen Frostes ohne weiteres bis zum Ablauf der Frostperiode weiter, um nach dem Ablauf der Frostperiode sofort wieder die Verpflichtung des Arbeitgebers zu begründen, den Baudelegierten die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen. Diese besondere Vereinbarung scheidet natürlich für eine allgemeine Betrachtung aus, aber allgemeine Wichtigkeit hat die genannte Entscheidung für die Außenberufe deshalb, weil das höchste Gericht Frost- und Regenperioden nicht als Betriebsstilllegung, sondern nur als Betriebsunterbrechung ansieht. Hieraus ergibt sich, daß bei Außenberufen, die mit Arbeitsaussetzung wegen Frostes oder Regens rechnen müssen, also im gesamten Baugewerbe, im Steinbruggewerbe, im Steinbearbeitungsgewerbe und im Steinlegergewerbe die Baudelegierten bzw. die Betriebsratsmitglieder gegen ihre Entlassung wegen Frostes oder Regens Widerspruch erheben oder klagen können. Die Baudelegierten und Betriebsräte dieser Gewerbe können in diesem Falle einwenden, es liege keine Betriebsstilllegung im Sinne des Betriebsrätegesetzes vor. Zu ihrer Entlassung sei infolgedessen die Zustimmung der Betriebsvertretung notwendig. Werde diese verweigert, dann könne ihre Entlassung nur auf Grund einer Ersatzzustimmung der Arbeitsgerichtsbehörden rechtmäßig erfolgen. Diese Rechtslage hat zur Folge, daß nach Ablauf der Frost- oder der Regenperiode die Baudelegierten und die Betriebsräte der genannten Außenberufe wieder Anspruch auf Beschäftigung bzw. Anspruch auf Entlohnung haben, also von dem Tage ab, wo die übrigen Belegschaftsangehörigen die Arbeit wieder aufnehmen, ihre Baudelegiertentätigkeit oder ihre Betriebsratsstätigkeit ebenfalls wieder aufnehmen können und ebenso ihren Lohn verlangen können, wie die übrigen Belegschaftsangehörigen, die wieder beschäftigt werden, auch.

In diesem Sinne hat auch bereits das Landesarbeitsgericht in Kiel mit Urteil vom 7. März 1928, 14 A. S. 9/28 — 8 — mit folgender Begründung entschieden:

„Der Kläger genießt als Baudelegierter gemäß § 8 Ziffer 9 des Reichsarbeitsgesetzes für das Baugewerbe den Schutz des § 96 Betriebsrätegesetzes. Er kann gegen seinen Willen ohne Zustimmung der Betriebsvertretung oder der Mehrheit der wahlberechtigten Arbeitnehmer der Baustelle nicht von dem Beklagten entlassen werden. Diese Zustimmung ist unstreitig nicht erteilt.“

Es fragt sich weiter, ob etwa der Kläger sich selbst durch Empfangnahme der Papiere bei Eintritt des Frostwetters mit der Entlassung einverstanden erklärt hat. Er hat, wie die Beklagte behauptet, bei Eintritt des Frostwetters die Entlassungspapiere erhalten und ohne Widerspruch angenommen. Er selbst behauptet, er habe bei Empfangnahme der Papiere ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er nach Beendigung des Frostwetters wieder weiterbeschäftigt werden müsse. Es kann dahingestellt bleiben, ob er diese Erklärung abgegeben hat oder nicht. Denn im Baugewerbe ist es allgemein üblich, daß bei Eintritt von Frostwetter allen Arbeitnehmern die Papiere ausgehändigt werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, bei längerer Dauer des Frostwetters die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Es denkt aber weder der Arbeitgeber, noch der Arbeitnehmer daran, daß durch die Empfangnahme der Papiere das Arbeitsverhältnis aufgelöst werden soll. Beide Teile sind vielmehr nach allgemeiner Übung der Meinung, daß der Arbeitsvertrag bestehen bleibt und die Arbeitnehmer nach Beendigung des Frostwetters die Arbeit wieder ohne weiteres aufnehmen haben. Ist hiernach trotz der Aushändigung der Papiere nach der im Baugewerbe allgemein angenommenen Übung der Arbeitsvertrag in Geltung geblieben, so muß die Beklagte den Kläger weiterbeschäftigen.“

Da nun die Baudelegierten oder Betriebsräte der angegebenen Außenberufe bei Betriebsunterbrechung wegen Frostes oder Regens nicht entlassen werden können, bleibt nur noch die Frage offen, ob sie während der Frost- oder Regenperiode, wo auch die Belegschaftsangehörigen nicht arbeiten, etwa einen Lohnanspruch haben. An sich ist das zu bejahen. Die Geltendmachung des Lohnanspruches wird jedoch für den Regelfall ausgeschlossen sein, da auch hier das Reichsarbeitsgericht seine Grundtatsache über die soziale Arbeits- und Betriebsgemeinschaft anwenden würde. Für die ausgesprochenen Außenberufe der genannten Art, die alljährlich mit Frost- und Regenperioden zu rechnen haben, wäre die Lohnforderung für diese Ausfallzeiten auch unbillig. Dem trägt der Reichsarbeitsvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten infolgedessen Rechnung. Der Lohnanspruch der unter diesen Tarifvertrag fallenden Bauarbeiter entfällt während Frost- und Regenperioden. Es ist zweckmäßig, auch in den andern genannten Außenberufen derartige Vereinbarungen zu treffen, damit auf diese Weise unzählige Streitigkeiten von vornherein vermieden werden. Der fortlaufende Bestand der Betriebsvertretungen ist jedenfalls so oder so sicherzustellen, soweit sich die Betriebsratsmitglieder nicht selbst mit ihrer Entlassung einverstanden erklären.

Bezüglich des Lohnanspruches ist nur noch zu beachten, daß selbst bei Ausschluß des Lohnanspruches durch Tarifvertrag der Lohnanspruch dann gegeben wäre, wenn der Arbeitgeber ohne weiteres in der Lage ist, auch während Frostes oder Regens weiter zu beschäftigen, z. B. im Baugewerbe bei dem Ausbau, wo etwa örtlich durch Aufstellen von Koksöfen der Ausbau auch im Winter vorgenommen wird, oder im Steinbearbeitungsgewerbe, wo die Steinbearbeitung örtlich unter Dach vorgenommen wird oder vorgenommen werden kann. Es handelt sich bei den Darlegungen in diesem Abschnitt nicht in erster Linie um die Sicherstellung des Lohnanspruches, sondern vielmehr hauptsächlich nur um den Nachweis, daß das Amt der Baudelegierten bzw. der Betriebsräte der genannten Außenberufe nicht deshalb endet, weil infolge Frost- oder Regenperioden eine Betriebsunterbrechung eingetreten ist.

Zum Schluß sei nur noch darauf hingewiesen, daß im Baugewerbe auch rechtlich noch unterschieden werden muß zwischen denjenigen Arbeitern, die im Bauhof oder auf dem Zimmerplatz tätig sind, und denjenigen Arbeitern, die für einzelne Baustellen angenommen werden. Bei den ersteren kommt eine Beendigung des Baudelegiertenamtes vor dem Ende der Amtsdauer nur in Betracht, wenn der Bauhof oder der Zimmerplatz stillgelegt wird. Bei den letzteren endet das Baudelegiertenamt mit dem Fortschreiten des Baues und mit Ausscheiden der einzelnen Bauarbeitergruppen bzw. mit der Fertigstellung des Baues, soweit nicht auf diesem Bau Arbeiter tätig sind, die von dem Arbeitgeber aus dem Bauhof oder von dem Zimmerplatz nach den einzelnen Bauten entsandt werden, und auch während dieser vorübergehenden Tätigkeit auf einem bestimmten Bau nach wie vor Baudelegierte des Bauhofes bzw. des Zimmerplatzes bleiben. Maßgebend für alle diese besonderen Verhältnisse ist wiederum der Reichsarbeitsvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten, § 8, in dem alle Einzelheiten über die Schaffung von Baudelegierten geregelt worden sind.